

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Mahnwache gegen Faschismus und Krieg

Vor 70 Jahren begann mit dem Angriffskrieg Hitler-Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg. Im Gedenken an die 55 Millionen Menschen, die auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrationslagern und im Bombenkrieg ihr Leben lassen mussten, haben die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gemeinsam mit der SPÖ Wiener Bildung und dem Pensionistenverband zu einer Mahnwache auf dem Albertinaplatz aufgerufen. Bereits während des Tages liefen Filmsequenzen über den Zweiten Weltkrieg, der in der bisherigen Geschichte die größten Opfer an Menschen und an Gütern verursachte und viel Leid über die Welt brachte.

Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer sagte in ihrer einleitenden Rede: „Der Weltkrieg ist nicht ausgebrochen – er

war ein gezielt geplanter Aggressionskrieg.“ Weiters erinnerte sie in ihrer Rede auch an die längst erforderliche Rehabilitierung der Deserteure und verwies als ersten Schritt auf das Anerkennungsgesetz 2005.

Bürgermeister Michael Häupl zeigte auf, wie die Stadt Wien nach den Zerstörungen durch die Bombenangriffe auf die Fabriken und die Wohnungen mit den vielen Flüchtlingen sich zu einer prosperierenden Stadt entwickelt hat. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und das rasche Handeln der heutigen Regierung habe die schrecklichen Fehler der 1930er Jahre verhindert, die zu Massenarbeitslosigkeit geführt und den „Nährboden“ für die falsche Ideologie bereitet haben.

BM a. D. Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes,

erinnerte an die schwierige Zeit des Neuanfangs. Er forderte auf zum „unermüdlichen Kampf gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, soziale Demokratie und Gerechtigkeit“.

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Ernst Nedwed erinnerte an den Philipphof, der auf dem heutigen Albertinaplatz gestanden ist und der am 12. März 1945, genau sieben Jahre nach dem Einmarsch der Hitlertruppen in Wien, durch Bomben zerstört wurde. Unter seinen Trümmern haben hunderte Menschen in den Kellern den Tod gefunden.

Das eindrucksvolle Ensemble von Prof. Alfred Hrdlicka wurde im Gedenkjahr 1988 vom damaligen Bürgermeister Helmut Zilk gegen den Widerstand der rech-

ten Parteien als eine bleibende Mahnung der Stadt Wien gegen Faschismus und Krieg durchgesetzt. Nedwed erinnerte auch an das Wort Otto Bauers aus dem Jahr 1933: „Hitler bedeutet Krieg.“

Zahlreiche Mandatäre der SPÖ, aus dem Nationalrat und aus dem Gemeinderat sowie Staatssekretär Andreas Schieder, Vizebürgermeister Michael Ludwig, Stadträtin Sonja Wehsely, der Erste Landtagspräsident Harry Kopietz, die Zweite Landtagspräsidentin Marianne Klicka und der Dritte Landtagspräsident Heinz Hufnagl, Landesparteiensekretär Christian Deutsch und stv. Landesparteiensekr. Alois Aschauer sowie der Klubvorsitzende Siegi Lindenmayr nahmen gemeinsam mit den Vertretern der Bezirke und Organisationen an dieser Mahnwache teil.



Barbara Prammer, Ernst Nedwed, Michael Häupl und Karl Blecha bei der Mahnwache am 1. September auf dem Albertinaplatz

Foto: Freiheitskämpfer



Tagesbefehl des Bundespräsidenten

**Soldaten und Soldatinnen!
Wehrpflichtige des Miliz-
und Reservestandes! An-
gehörige der Heeresverwaltung!**

Heute, am 1. September 2009, jährt sich der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum 70. Mal. Dieses Datum darf nicht unbeachtet vorübergehen. Schließlich war



Foto: Präsidialkanzlei

**Bundespräsident
Heinz Fischer**

der Zweite Weltkrieg, der durch den von Adolf Hitler befohlenen Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen ausgelöst wurde, in seiner Gesamtheit eine unfassbare Katastrophe. Mehr als 50 Millionen Menschen und zwar sowohl Soldaten als auch Zivilisten sind diesem blutigsten Krieg der Weltgeschichte zum Opfer gefallen.

Auch 270.000 Soldaten aus Österreich, die nach dem sogenannten Anschluss vom März 1938 in fremden Uniformen der Deutschen Wehrmacht dienen mussten, kamen ums Leben. Insgesamt waren Soldaten aus fast 60 Staaten auf den Schlachtfeldern Europas, Asiens und Afrikas in dieses weltweite militärische Ringen verstrickt, das mit einer totalen Niederlage Hitler-Deutschlands endete, die aber unfassbare Zerstörungen zur Folge hatte und für die ein unvorstellbar hoher Preis bezahlt werden musste.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben,

dass es in dieser schrecklichen Zeit auch tapfere Soldaten und Offiziere gegeben hat, die den Unrechtsgehalt und den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes erkannten und die ihrem Gewissen folgten, indem sie versuchten Widerstand zu leisten oder sich zumindest dem Dienst in der Hitler-Armee zu entziehen. Viele davon mussten dies mit ihrem Leben bezahlen. Wir ehren und würdigen daher heute auch den Widerstand im Dritten Reich und in der Deutschen Wehrmacht, der in den verschiedensten Formen geleistet wurde.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnte Österreich als unabhängiger demokratischer Staat unter der rot-weiß-roten Fahne wiederhergestellt werden. Und nach dem Abschluss des österreichischen Staatsvertrages im Jahr 1955 konnte auch mit dem Wiederaufbau des Österreichischen Bundesheeres begonnen werden. Dieses Österreichische

Bundesheer berücksichtigt auch die Lehren der Geschichte. Das Österreichische Bundesheer ist ein Verteidigungsheer und ein Friedensheer. Es ist das verfassungsmäßige Instrument der militärischen Landesverteidigung der Republik Österreich, dessen Aufgabe die Verteidigung unserer Grenzen, die Bewahrung oder Wiederherstellung des Friedens im Sinne europäischer Friedenspolitik und auch der Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen unseres Landes, aber niemals eine Aggression gegen andere Staaten oder Völker ist.

Daher gilt auch heute mein Dank allen, die sich in den Dienst unseres Bundesheeres und damit in den Dienst einer friedlichen Entwicklung in Österreich und Europa gestellt haben, und ich ersuche Sie, diesen Dienst zum Wohle unserer Heimat mit vollem Einsatz weiter zu erfüllen.

Es lebe das Bundesheer der Republik Österreich! ■

„Was damals Recht war ...“ Deserteure gegen Diktatur

Eine wichtige Ausstellung über das gesamte Problem der bisher nicht zur Gänze erfolgten Rehabilitierung der Deserteure aus der NS-Wehrmacht befindet sich in der Zeit bis zum 15. Oktober 2009 in Wien im Nestroyhof, in dem das ehemalige jüdische Theater Hamakom wiederentstehen soll. Gerade zur Zeit der Erinnerung an den von den Nationalsozialisten provozierten Zweiten Weltkrieg ist das Thema von großer Bedeutung.

Bei der Eröffnung am 1. September sprachen der Obmann des Vereins „Personenkomitee

Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“, Thomas Geldmacher, und der Initiator des Personenkomitees und Ehrenvorsitzende, Richard Wadani. Als Gast aus Deutschland überbrachte Uwe Neumärker, von der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin, Grüße. Die Eröffnung nahm in Anwesenheit vieler Unterstützer und prominenter Gäste die Erste Präsidentin des Nationalrats, Mag. Barbara Prammer, vor.

In der Vorstellung dieses Projekts heißt es: „Wehrmachtsdeserteure waren in Deutschland und Österreich jahrzehntelang

kein Thema. Ihre Weigerung, in Hitlers Vernichtungsfeldzug mitzumarschieren, blieb in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft unbedankt und stand außerhalb der erinnerungspolitischen Wahrnehmung. Deserteure waren vielmehr mit Vorwürfen konfrontiert, sie hätten Kameraden und Vaterland verraten. Die dominante Geschichtserzählung, die einerseits Österreich als das ‚erste Opfer der Hitler’schen Aggression‘ darstellte, andererseits jene Soldaten als Helden feierte, die das ‚Dritte Reich‘ bis zur Kapitulation verteidigt hatten, ließ für anderslautende Interpretati-

onen der Vergangenheit keinen Platz.“

Die Freiheitskämpfer traten seit vielen Jahren für die Anerkennung der von militärischen oder zivilen Gerichten verurteilten Deserteure oder „Wehrkraftzersetzer“ als Teil des politischen Widerstandes ein. Nunmehr ist Bewegung in die Frage gekommen. Im Parlament ist eine breite Mehrheit erforderlich, um einen Schlusstrich ohne „Wenn und Aber“ für die betroffenen Personen bzw. deren Familien zu ziehen. Die Ausstellung soll dazu beitragen, die volle Rehabilitierung zu erreichen. ■

Nedwed zu Ulrichsbergtreffen: Freiheitskämpfer danken Darabos



Foto: hbf, picturedesk

Minister Darabos: „Das Bundesheer hat bei rechtsextremen Feiern nichts verloren.“

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Ernst Nedwed, sprach bei einer Veranstaltung Minister Norbert Darabos den Dank dafür aus, dass er als erster Verteidigungsminister mit der unrühmlichen Beteiligung

von Einheiten des Bundesheeres beim sogenannten Ulrichsbergtreffen Schluss gemacht hat. Dieses Treffen von ewig Gestrigen der ehemaligen deutschen Wehrmacht und Angehörigen von SS-Verbänden hat immer wieder Proteste vieler demokratischer Österreicher ausgelöst.

Insbesondere die überlebenden Opfer des NS-Terror systems haben die Veranstaltung als Provokation empfunden ...

In der Folge der Entscheidung von BM Darabos und nach allgemeiner Zustimmung in der Öffentlichkeit hat auch der BZÖ-Landeshauptmann

Dörfler sein Desinteresse an der Veranstaltung bekundet, sodass die Organisatoren des Treffens eine Verschiebung auf einen anderen Termin angekündigt haben. Es ist aber zu hoffen, dass damit das jährlich stattfindende rechtsextreme Treffen endgültig der Vergangenheit angehört. ■



Mai in Ebensee von Peter Lhotzky

's war einmal im Monat Mai
Da hofften wir, es ist vorbei
Mit Schlagen, Hetzen, Quälen
Am Appellplatz zählen.

Einige haben es gewagt
Und zu anderen gesagt
Wir sind doch nicht vertiert, und stumm
Kameraden, wir kümmern uns darum.

Auf, auf zum Entscheidungskampf
Nun machen wir den Faschisten Dampf
Wir wollen leben und aufbauen
Vorwärts, haben wir zu uns Vertrauen.

Es war nicht leicht, war nicht zum Fassen
Doch – wir konnten das Lager verlassen
Und schworen uns „Nie wieder“
Streckten empor die noch heilen Glieder.

Wir fingen an und bauten auf
Doch es wiederholte sich der Schicksalslauf
Wir – älter geworden – wollten nur erinnern
Am Ort, am Friedhof – und im Herzen drinnen.

Da wurden wir bespuckt, geschlagen,
's war fast wie in den Schreckenstagen
Und wieder ist's der Monat Mai
Es schaut so aus, als wär es nie vorbei.

Mai 2009

Hermann Langbein-Symposium 2010

Seit nunmehr fast 25 Jahren stellt das Seminar „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“, besser bekannt als „Hermann Langbein-Symposium“, einen bedeutenden Meilenstein in der Lehrerfortbildung zum Thema „NS-Zeit in Österreich“ dar.

Viele bedeutende Persönlichkeiten des österreichischen politischen Lebens waren und sind als Vortragende im Seminar tätig. Das Seminar wurde unter anderem in Linz und Steyr veranstaltet, war an der Universität Linz zu Gast und hat nun seine neue Heimat an der Pädagogischen Hochschule in Linz gefunden.

Die Nähe zu den Orten der NS-Verbrechen Mauthausen und Hartheim ermöglichen es den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern, durch Exkursionen Eindrücke über das dort stattgefundene Grauen zu

erhalten sowie umfangreiches Hintergrundwissen und pädagogisches Herangehen an das Thema zu sammeln.

Das Hermann Langbein-Symposium wurde 1996 zum Andenken an den Widerstandskämpfer und KZ-Häftling (Dachau, Neuengamme, Auschwitz) Prof. Hermann Langbein von Prof. Johannes Schwantner ins Leben gerufen. Hermann Langbein veranstaltete seit vielen Jahren Seminare für LehrerInnen, unter anderem das seit 1984 jährlich stattfindende Lehrerseminar „Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus“. Dieses Seminar und der Aufbau des Seminars dienten als Vorbild und Grundlage für das Hermann Langbein-Symposium.

Aufgabe des Symposiums ist es, über die Verbrechen der Nazis aufzuklären und umfassendes Wissen und Informationen für die antifaschistische Aufklärungs-

arbeit für LehrerInnen aller Schultypen anzubieten. Dieses Seminar ist für interessierte Personen offen, frei und kostenlos zugänglich.

Viele hunderte Lehrerinnen und Lehrer haben bereits aktiv durch ihre Fragen, Anregungen und Diskussionsbeiträge zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen.

Durch die Aktion „Fortbildungsschwerpunkt Europarat“ nahmen bereits PädagogInnen aus verschiedenen anderen europäischen Ländern (Portugal, Russland, Spanien, Zypern, Malta, Griechenland, Polen, Deutschland, Ungarn) an dem Seminar teil.

Wie bereits erwähnt, haben im Laufe der Geschichte des Symposiums viele besondere und interessante Persönlichkeiten dem Symposium beigewohnt und dessen Inhalte bereichert. Neben den Persönlichkeiten

des österreichischen politischen Lebens bildeten zudem ZeitzeugInnen, WissenschaftlerInnen und engagierte LehrerInnen den Grundstein des Seminars, unter anderem:

Richard Glazar, Hans Maršálek, Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka, Univ.-Prof. Dr. Horst Seidler, Dr. Ute Hoffmann, Prof. Rudolf Sarközi, Prof. Herbert Exenberger u. v. m. Nach dem Ableben von Hermann Langbein übernahm Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka die wissenschaftliche Patronanz des Symposiums.

Die europaweit ausgeschriebene Veranstaltung findet vom 19. bis 23. April 2010, nunmehr an der Pädagogischen Hochschule Linz, statt.

Anmeldung und Informationen dort oder an der Pädagogischen Hochschule Wien. Das Seminar ist offen zugänglich, um Reservierung wird gebeten. ■

Unser neuer Solidaritätsfonds

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten hat im Jahr 2003 von der Betriebsfraktion der Sozialistischen Gewerkschafter in der Wiener Städtischen Versicherung den sogenannten Hans-Appel-Solidaritätsfonds in seine Betreuung übernommen. Der durch eine namhafte Spende des ehemaligen Jugendfunktionärs der SAJ, Hans Appel, entstandene Fonds diente ursprünglich der Betreuung von Opfern des 15. Juli 1927. Der Bundesvorstand hat nunmehr durch eine zusätzliche Dotierung des Fonds einen allgemeinen Solidaritätsfonds unseres Bundes errichtet.

In Fortführung der Grund-

sätze, die schon in den Fonds-Statuten der FSG der Städtischen aufgestellt wurden, hat der Bundesvorstand Richtlinien beschlossen und ein Kuratorium bestellt, das die Fonds-Gestierung durchzuführen hat.

Weitere Grundsätze sind die unbedingte Anlage des Fondsvermögens nicht in Aktien, sondern nur in festverzinslichen Wertpapieren sowie die jährliche Ausschüttung nur der Erträge, sodass das Stammkapital nicht geschmälert wird. Die Erträge sind der Unterstützung von

- Opfern politischer Verfolgung und Unterdrückung, einschließlich toleranter und humanitär gesinnter Personen,
- Befreiungsbewegungen in

ihrem Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit,

- Projekten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zuzuführen.

Für die Vergabe von Förderungen hat der Bundesvorstand ein Kuratorium bestellt, bestehend aus folgenden Personen: Herbert Berger, Ludwig Dvorak, Ernst Frühauf, Kurt Heinrich, Peter Ulrich Lehner, Ernst Nedwed (Vorsitzender) und Herta Slabina. Es entscheidet über die Veranlagung eingezahlter Spenden und die Verteilung der Erträge.

Einzahlungen an den Fonds können auf das Konto bei der Bank Austria, BLZ 12000, Konto Nr. 00520 320 912, Kennwort: „Solidaritätsfonds“, vorgenommen werden. ■

Information für die Leser

Sehr geehrte Mitglieder, sehr geehrte Abonnenten!

Da die letzterschienene Ausgabe des „Sozialdemokratischen Kämpfers“ ausschließlich der sechzigjährigen Geschichte unseres Bundes gewidmet war, ist eine reguläre Nummer des Kämpfers ausgefallen. Wir ersuchen deshalb um Verständnis dafür, dass die jetzige Ausgabe Themen eines längeren Zeitraums behandelt und einige Beiträge, die nicht zeitgebunden sind, aus Platzgründen erst in der nächsten Nummer erscheinen werden.

Ernst Nedwed
Manfred Scheuch

Ehrung für Carl Szokoll

Am 29. Mai 2009 fand in Wiener Neustadt gegenüber der Theresianischen Militärakademie die feierliche Benennung des Carl Szokoll-Parks und die Enthüllung eines Denkmals für den österreichischen Widerstandskämpfer Major Carl Szokoll (1915–2004) durch Bundespräsident Dr. Heinz Fischer und Bürgermeister Bernhard Müller statt.

„Weder bin ich ein Heiliger, noch ein Prophet – ein Verräter haben manche gesagt, andere ein Held ...“ Dieses Zitat von Carl Szokoll stellte Bürgermeister Bernhard Müller an den Beginn seiner Festrede, ehe er die Zivilcourage von Carl Szokoll würdigte: „Sie alle wissen, dass sich Major Szokoll, der ja in Wiener Neustadt die Militärakademie absolviert hat, durch

sein mutiges Handeln in den letzten Kriegstagen, durch sein Engagement in der Widerstandsbewegung und durch sein jahrzehntelanges Eintreten für die Werte eines demokratischen Österreichs ausgezeichnet und sein Leben für Demokratie und Freiheit riskiert hat. Und daran knüpft auch das Kunstwerk von Mag. DI Grabenwöger an, der ja zu den anerkanntesten Künstlern unserer Stadt zählt und immer wieder mit wunderbaren Ausstellungen im In- und Ausland für Aufsehen sorgt. Unter anderem hat er bekanntlich auch das Denkmal für das ehemalige KZ in der sogenannten Serbenhalle in Wiener Neustadt geschaffen.“

Bürgermeister Bernhard Müller ging in seiner Rede auch auf die Symbolik der Gedenkstätte ein: „Recht, Pflicht, Moral, Gewissen – das sind jene vier Lichtsäulen, die wir im Anschluss übergeben werden. Dieser Park hier ist sozusagen der ideale Ort, gilt er doch als direkte Verbindung aus der Stadt in die Mili-

tärakademie. Er ist sozusagen die Schnittstelle zwischen ‚zivil‘ und ‚militärisch‘ und damit Symbol für die jahrhundertalte Verflechtung zwischen Stadt und Militär. Und genau hier, in diesem öffentlichen Raum, ist diese Gedenkstätte entstanden und soll dazu anregen, sich mit den oft widersprüchlichen Themenbegriffen Recht, Pflicht, Moral, Gewissen auseinanderzusetzen. Außerdem soll uns durch das Denkmal bewusst gemacht werden, dass die grundlegenden Entscheidungen von Menschen, wie sie sich in Extremsituationen verhalten, meistens nicht von langer Hand geplant sind, sondern unmittelbar, gleichsam auf ‚kurzem Wege‘ fallen.“

Über das Leben von Szokoll sprach danach Prof. Dr. Peter Dusek, ehemaliger Leiter des ORF-Archivs und Gestalter eines Films über Szokoll. Dusek würdigte den unbeugsamen Charakter und die integre Persönlichkeit Szokolls, der in den letzten Kriegstagen maßgeblich dazu beigetragen hat, dass Wien nicht völlig zerstört wurde.

Abschließend fand Bundespräsident Dr. Heinz Fischer anerkennende Worte für den selbstlosen Einsatz von Carl Szokoll und mahnte eindringlich, die Geschehnisse, die sich kürzlich in Ebensee zugetragen haben, zum Anlass zu nehmen, sich eingehend mit der jüngeren Geschichte Österreichs zu befassen und Extremismus in keiner Form Platz zu bieten sowie energisch gegen jeglichen Faschismus aufzutreten. „Glasklar und ohne jede Einschränkung müssen die Verbrechen in dieser schrecklichen Zeit von 1938 bis 1945 und ganz besonders natürlich in den Konzentrationslagern benannt und verurteilt werden. Das gilt in besonderem Maße für politisch Verantwortliche.“ ■



Foto: PID

Carl Szokoll wurde Ehrenbürger von Wien (2003)



Foto: Medienservice Wr. Neustadt

Prof. Alfred Ströer, Prof. Karl Flanner, Mag. DI Markus Grabenwöger, Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, Bürgermeister Bernhard Müller, Vorstandsdirektor Dr. Christian Aichinger, Wiener Neustädter Sparkasse



Freiheitskämpfer: 60 Jahre Ka

Hochrangige Mandatare wie Bundesminister Rudolf Hundstorfer, Bürgermeister Michael Häupl, Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Hannes Swoboda, Mitglied des Europäischen Parlaments, überbrachten den Delegierten aus allen Bundesländern die Grüße und den Dank der Sozialdemokratie für die unverzichtbare Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Bundesvorsitzender NR a. D. Ernst Nedwed erinnerte an die erste und langjährige Vorsitzende des Bundes, die Widerstandskämpferin und Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück, Rosa Jochmann, die den Bund zu einer moralischen Kraft innerhalb der Sozialdemokratie gemacht hat. In den Nachkriegsjahren war es besonders notwendig, gegen die „Gefahr von rechts“ aufzutreten und den Opfern der faschistischen Systeme ihre Rechte zu erkämpfen. Das tat sie im Parlament genauso wie im Gespräch mit jungen Menschen, die in ihr eine glaubwürdige Zeitzeugin sahen. Als einen Lehrer und Sprecher der Freiheitskämpfer hob Ernst Ned-

wed den langjährigen stv. Vorsitzenden Prof. Josef Hindels hervor, der unvergessliche Dienste um die politische Bildung der jungen Generation geleistet hat. Und er dankte auch dem Ehrenvorsitzenden Prof. Alfred Ströer, der in der Zeit von 1995 bis 2007 Vorsitzender des Bundes gewesen ist und heute weiterhin als Zeitzeuge zur Verfügung steht. Nedwed sagte, dass die Zusammenarbeit mit Ströer in den vergangenen fünfzehn Jahren den Bund erneuert und an die Gegenwart angepasst hat. So sind heute neben den Zeitzeugen des Widerstandes auch jene aktiv, die als Jugendliche noch den Nazi-Faschismus in seiner vollen Brutalität kennengelernt haben, und viele Nachgeborene, die heute in den Bezirken, Landesverbänden und im Bundesvorstand aktiv sind.

Gerade die Vorfälle der letzten Zeit beweisen, wie wichtig die Zeitzeugen des Widerstandes und die aktiven Antifaschisten heute in der Aufklärungsarbeit sind.

Das betonte als Gast auch die Vertreterin des Pensionistenverbandes und frühere Unterrichtsministerin Hilde Hawlicek. Der Verbandsobmann der Sozialistischen Jugend Österreichs, Wolfgang Moitzi, verwies auf das traditionelle Bündnis der Jugend mit den Freiheitskämpfern und hob deren Vorbildfunktion hervor.

Bundesminister Rudolf Hundstorfer, der die Hauptrede bei der 60-Jahr-Feier hielt und in dessen Kompetenz die Betreuung der Opfer der faschistischen Verfolgung fällt, betonte, man müsse sich überlegen, wie man die Informations- und Aufklärungstätigkeiten besser gestalten könne. Er sprach auch über die konkreten Vorhaben



Wiener SPÖ-Vorsitzender Michael Häupl erhielt die seinerzeit von Rosa Jochmann gestiftete Otto-Bauer-Plakette

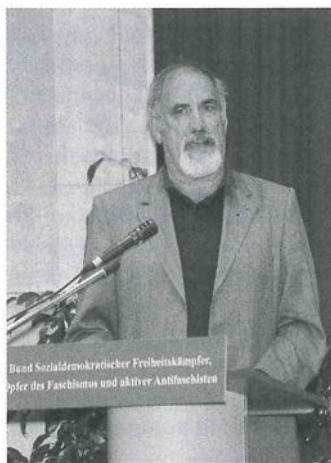
im sozialen Bereich. Der Sozialminister stellte klar, dass ein staatliches, solidarisch finanziertes ASVG, unabhängig von Börsenschwankungen, die stabilste Säule der Alterssicherung sei. Auch das Gesundheitswesen sei stabil und klar positioniert. Dennoch herrsche ein hoher sozialer Notstand in Österreich. Die Arbeitslosenrate sei auf dem Niveau von 2005, es gebe 50.000 Arbeitslose zu viel. Hundstorfer erklärte jedoch, dass Österreich das einzige Land in Europa sei, das im April einen Rückgang der Arbeitslosenrate von 7,4 auf 7,1 Prozent erzielte.

Zur Stunde, so der Sozialminister, seien 60.000 Menschen in Kurzarbeit. Dies sei jedoch, laut Hundstorfer, eine vernünftige Form der Reparaturmedizin. Weitere 60.000 Menschen befänden sich derzeit in Umschulung und Weiterbildung. Er berichtet stolz, dass man es trotz der vielen Arbeitslosen geschafft habe, von Jahresbeginn bis 30. April, 222.000 Menschen wieder in ein neues Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Das größte Augenmerk gelte den Jugendlichen im Alter von 15, 16 und

17 Jahren. Wer eine berufliche Ausbildung machen wolle, dem/derjenigen werde diese garantiert. Hundstorfer machte auch auf die Sorgenkinder, die Gruppe der 19- bis 24-Jährigen, aufmerksam. Für diese Gruppe werde die Regierung über das AMS 500 Millionen Euro allein in diesem Jahr für Förderungen und Weiterbildung zur Verfügung stellen. Hundstorfer betonte abschließend, dass er den jungen Menschen den Weg zur Ausbildung und zum Beruf, jedoch nicht zum Sozialamt zeigen wolle.

Anschließend an die Verleihung der Otto-Bauer-Plaketten sprach der Ehrenvorsitzende des Bundes, Prof. Alfred Ströer.

Dann kamen die Vertreter der Bundesländer Helmut Muigg und Peter Weidner zu Wort, in dem sie auf die neuen Aktivitäten in den Landesverbänden hinwiesen. Abschließend las Peter Weidner ein Schreiben der Ersten Präsidentin des Nationalrats, Mag. Barbara Prammer, vor, in dem sie dem Bund für seine aktive Arbeit in der Aufklärung gegen Faschismus und Krieg dankte und den Jubilaren



Helmut Muigg, LVors. Tirol



mpf gegen Gefahr von rechts



Otto-Bauer-Plaketten an: Rudolf Hundstorfer, Gabriele Pusch, Kurt Cizek, Jonny Moser, Gerd Macher, Hans Prager

Eduard Goldmann, Karl Gruber und Ernst Nedwed ihre Glückwünsche übermittelte.

Zum Aktuellen sagte Nedwed: „Die Hetzkampagne der Strache-Partei mit Signalworten wie ‚Abendland ...‘, ‚Heimatspartei‘ u. Ä. erinnern an den NS-Wortschatz vergangener Zeiten. Die Provokationen in einigen KZ-Gedenkstätten sind Alarm-signale, die neue Strategien erfordern:

- Wichtig ist die Verstärkung der zeitgeschichtlich politischen Bildung in den Schulen, die leider in der schwarz-blauen Koalition weitgehend vernachlässigt wurde.

- Exkursionen in KZ-Gedenkstätten sollten nur von hierfür geeigneten Institutionen durchgeführt werden. Es sind Vorbereitungs- und Begleitseminare, in denen auch politische Zusammenhänge erläutert werden, erforderlich, wie sie z. B. die Opferverbände, die österreichischen Jugendorganisationen in Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes abhalten.

- Die Feiern in den österreichischen KZ-Gedenkstätten müssen, wie es die Opferverbände bereits verlangt haben, durch entsprechende Polizeikräfte begleitet werden. Dies ist im Interesse der Sicherheit und des internationalen Ansehens Österreichs erforderlich.

- Neonazistische Provokationen müssen vom Amt für Verfassungsschutz nicht nur beobachtet, sondern raschest durch Polizeieinsatz unterbunden werden. Vorbilder dafür sind die Innenminister Lanc und Blecha, die das hervorragende NS-Verbotsgesetz bei Bedarf auch angewendet haben.

- Die Opferverbände erwarten sich mehr Anerkennung und Unterstützung für ihre Aufgaben. Immer weniger Zeitzeugen des politischen Widerstandes und der Verfolgung stehen für die Aufklärungsarbeit zur Verfügung. Gerade jetzt ist es wichtig, dass zum Beispiel junge Menschen von damals, die den Terror der Nazis persönlich erlebt haben, der Jugend heute sagen, was der Faschismus eigentlich war.“

Beim Abendempfang des Bürgermeisters übergab Vize-

bürgermeister Michael Ludwig den Genossen, die in diesen Tagen ihre runden Geburtstage begehen, die von Bürgermeister Michael Häupl gewidmeten Goldenen Rathausmänner. Michael Ludwig sagte in seiner Laudatio, dass die drei Genossen sich große Verdienste um die antifaschistische Arbeit erworben haben. Eduard Goldmann (Jahrgang 1914), Landesvorsitzender in Salzburg, ist ein Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald und hat schon vor dem Jahr 1934 in der Sozialistischen Arbeiterjugend in Wien politisch gearbeitet. Karl Gruber (Jahrgang 1929) war nach Ende des Weltkriegs sofort in der Sozialistischen Jugend aktiv gewesen und hat als Jugendvertrauensperson in der St. Pöltner Glanzstoff-Fabrik große Kämpfe im Interesse der Jugend gegen die USIA-Direktion geführt. Später war er als Bezirksvorsitzender der SPÖ St. Pölten und als NÖ-Landtagsabgeordneter tätig. Ernst Nedwed (Jahrgang 1929) hat noch vor dem Ende des Hitlerfaschismus an der Jugendopposition gegen die „Totaler Krieg“-Aktionen der Nazis teil-



Peter Weidner, LVors. ÖÖ

genommen. Bereits im Mai 1945 arbeitete er mit Hans Mayr und Josef Staribacher in der Sozialistischen Jugend mit, war später Gemeinde- und Nationalrat und vor allem lange Jahre Bildungsvorsitzender der SPÖ Wien.

Nedwed dankte namens der Ausgezeichneten und freute sich, dass gerade Michael Ludwig als einer der aktiven Antifaschisten die Ehrung, als vor kurzem neu gewählter Vizebürgermeister, vorgenommen hat. ■



Vizebürgermeister Ludwig mit Nedwed, Goldmann und Gruber

Fotos: Freiheitskämpfer, PID/Schaub-Walzer



Mit Denkmalschändung fängt es an



Die verstümmelte Büste von Che Guevara

Foto: Kohlbacher

Die Delegierten des Wiener Landesparteitags der SPÖ haben einstimmig die Resolution der Freiheitskämpfer „Verstärkte Aktivitäten der Neonazis“ beschlossen. Wie berechtigt der Resolutionsantrag und wie wichtig der Parteitagebeschluss sind, zeigen die sich mehrenden rechtsradikalen Schmieraktionen, Treffen und versuchten Aufmärsche von jungen Neonazis, die rassistischen Hasstiraden gegen Juden und Immigranten nur allzu deutlich.

Die jüngste Aktion der Neonazis richtete sich gegen das ausschließlich mit privaten Spenden errichtete Che-Guevara-Denkmal im Donaupark.

Wir erinnern uns: Schon bei der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den lateinamerikanischen Freiheitskämpfer durch Bürgermeister Dr. Michael Häupl am 9. Oktober 2008 kam es zu

einer Gegendemonstration von 20 bis 30 Parteigängern der FPÖ Donaustadt mit FP-Gemeinderat Toni Mahdalik an der Spitze und zur Ankündigung „weiterer Maßnahmen“. Aber nicht nur FPÖ und BZÖ, auch ÖVP-Landesgeschäftsführer Norbert Walter ließ es sich nicht nehmen, gegen das Denkmal und gegen Bürgermeister Häupl in die Unkenrufe der Rechtsaußen einzustimmen.

Einen Tag vor dem Landesparteitag und zeitgleich mit dem Prozess gegen den Neonazi Honsik schlugen die rechtsradikalen Vandalen zu, sägten der Bronzestatue Che Guevaras die Nase ab, klebten über den Mund eine Klopapierrolle und brachten am Denkmalsockel ein Transparent „Rache für Siegfried“ an. Schon vorher, so ein Zeuge, wurde die Schrifttafel am Denkmalsockel ausgetauscht und Che – in totaler Verkenntnis

der historischen Tatsachen – als Massenmörder bezeichnet. In einem Bekennerschreiben, das interessanterweise in den USA abgesendet wurde, bekennen sich deutschsprachige Wiener Studenten zu dieser „Kunstaktion der anderen Art“. Wörtlich heißt es: „Wir haben das hässliche Denkmal für den Berufsstörer, Marxisten und die Popikone der linken Schmuddelkinder und alt gewordenen Bolschewiken, Ernesto Che Guevara, um eine Nase kürzer gemacht.“

Nicht nur in Österreich glauben die braunen Gespenster des vorigen Jahrhunderts, die kapitalistische Wirtschafts- und Finanzkrise mit der steigenden Arbeitslosigkeit für ihre finsternen Ziele nützen zu können. In vielen Staaten Europas wird eine Zunahme rechtsradikaler Aktionen und krimineller Taten bis hin zu politischen oder rassistischen Morden rechtsradikaler Bewegungen und Gruppen registriert.

Als demokratische Sozialisten und Freiheitskämpfer wissen wir und beherzigen die Lehren aus der Vergangenheit: Mit Schmieraktionen, Denkmalschändungen, Judenhass, Bücherverbrennungen und Straßenterror hat damals die „Zeit ohne Gnade“, die Zeit des millionenfachen Mordes und des totalen Kriegs begonnen. Wir werden nicht dulden, dass es wieder so beginnt. Wir wehren den Anfängen! Mit einer alternativen Wirtschaftspolitik, mit Konjunkturprogrammen und Steuergerechtigkeit gilt es den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für den Sozialstaat aufzunehmen und die Krise zu bewältigen. Ergänzt durch antifaschistische Aufklärung und Bildungsarbeit ist dann den Rassist*innen, Rechtsradikalen, Faschisten und Neonazis ihre Niederlage sicher. ■

Alfred Kohlbacher

Die Toten von Bruck

Jahrzehntelang war wenig bekannt, dass im Dezember 1944 rund 1.500 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter in Bruck a. d. Leitha beim Bau des Südostwalls eingesetzt wurden. Über ihr Geschick weiß man nicht viel, lediglich dass die Umgekommenen identifiziert worden sind.

In ungeheizten Baracken untergebracht, bei äußerst schlechter und ungenügender Verpflegung und schwerster Arbeit kam es bald zu vielen Todesfällen. Die Umgekommenen wurden in Schacht- oder Massengräbern beerdigt. Wie viele der Zwangsarbeiter ums Leben gekommen waren, wusste man lange Zeit nicht. Es gab keine Aufzeichnungen. Auf einem einfachen Grabstein stand daher nur: „Sechzig unbekannte Israeliten“. Erst durch das Auffinden der Totenbeschauprotokolle erfuhr man, dass nicht 60, sondern 155 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter auf dem Brucker Friedhof beigesetzt worden waren.

Als sich die Rote Armee im März 1945 Österreich näherte, wurden die überlebenden Zwangsarbeiter von Bruck nach Deutsch-Altenburg in Marsch gesetzt und dort zusammen mit den Zwangsarbeitern von Engerau (Petržalka) auf

Schleppschiffe verladen und donauaufwärts nach Mauthausen gebracht.

Die Geschichte der „Toten von Bruck“ wurde durch die Bemühungen der langjährigen SPÖ-Abgeordneten und Neu-Bruckerin Irmtraut Karlsson sowie der Stadtarchivarin Petra Weiß öffentlich bekannt. In dem oben erwähnten Buch geben die beiden Autorinnen einen Überblick über die Auswirkungen des Antisemitismus, der NS-Judengesetzgebung, den Einsatz der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter beim Bau des Südostwalls und behandeln darin auch einige Einzelschicksale der Zwangsarbeiter. Auch eine Namensliste der Toten ist dem Buch beigelegt.

Das große Verdienst der beiden Autorinnen liegt jedoch darin, dass dank ihrer Initiative im März dieses Jahres den toten Zwangsarbeitern von der Brucker Stadtverwaltung eine würdige Gedenkstätte errichtet wurde.

Petra Weiß/Irmtraut Karlsson: Die Toten von Bruck. Dokumente erzählen Geschichte. Vorurteile – Anordnungen – Schicksale. Kral-Verlag, Berndorf, 2008, 143 Seiten, € 14,90. ■

Jonny Moser



ÖVP gegen Abwahl von Graf

Bisher vergeblich hat SPÖ-Klubobmann Josef Cap an die ÖVP appelliert, den von der SPÖ formulierten Gesetzesantrag zu unterstützen, der es ermöglichen würde, einen Nationalratspräsidenten abzusetzen. Es sei nicht undemokratisch, jemanden, der demokratisch gewählt wurde, auch wieder abzuwählen. Der von der Nationalratsmehrheit (109 von 156 gültigen Stimmen) zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählte FPÖ-Mandatar Martin Graf habe mit seiner Attacke auf den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant den antifaschistischen Grundkonsens der Republik infrage gestellt. ÖVP und BZÖ und natürlich die FPÖ (die von einer „Hetzjagd“ gegen Graf spricht), sind dagegen. Sie sprechen von einer „Anlassgesetzgebung“, obwohl VP-Chef Vizekanzler Josef Pröll Grafts Attacke als „verantwortungslos und gefährlich“ be-

zeichnete. Die an ihn gerichteten Rücktrittsaufforderungen lehnt Graf ab.

Die Empörung über Graf wurde durch seinen in der „Neuen Freien Zeitung“ verfassten Kommentar ausgelöst, in dem er als Antwort auf Muzicants Vorwurf, der FP-Redner Kickl erinnere in seinem Gehetze an Joseph Goebbels, schrieb: „Verlängerter Arm des Herrn Muzicant ist der gewalttätige Mob auf den Straßen. Mit seinen Beschimpfungen schafft der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde ein Klima der politischen Brutalität, weswegen sich schon viele Bürger fragen, ob er nicht als Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus bezeichnet werden sollte ...“

Schon bei der Wahl Martin Grafts zum 3. Präsidenten, die unter Berufung auf die Usance, die drei Nationalratspräsidenten nach der Stärke der Parteien zu wählen, erfolgte, wurde Kritik

über diesen Vorgang laut, unter anderem seitens des Mauthausen-Komitees, des DÖW und der Kultusgemeinde. Graf hat aus seiner weit rechts stehenden Haltung nie ein Geheimnis gemacht. Über den RFS und als Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft Olympia kam er 1987 in die FP, wurde Mitglied des LandesparteiVorstands Wien und Nationalratsabgeordneter. In Pressekonferenzen erklärte er sich als „auf dem Boden der Werte der Revolution von 1848 stehend“ und bekannte sich zur „Deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“. Vor einigen Jahren wandte er sich mit der Aussage „Es muss in einer demokratischen Welt zulässig sein, ein Gesetz, das die Meinungsfreiheit und die politische Tätigkeit einschränkt, zu kritisieren“ gegen das NS-Verbotsgesetz (Format 21/2000). Als 3. Nationalratspräsident stellte er Mitglieder schlagender Burschenschaften als Mitarbeiter ein. ■

Lernt Geschichte!



Foto: Scheidl

„Das Geschichtsbewusstsein vieler Menschen fehlt“, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer jüngst in einer Podiumsdiskussion über die Qualität der österreichischen Demokratie. „Geschichtsbewusstsein ist aber das Fundament einer gut funktionierenden Demokratie.“ So sei es ein Problem, dass Rechte „einfache Botschaften einfach plakatierten und damit gezielt Feindbilder erzeugten“. Dies sei nicht nur demokratiefeindlich, sondern auch menschenverachtend.

Vor allem forderte Prammer in diesem Zusammenhang Bildungsarbeit in Form verstärkter politischer Bildung an den Schulen. Denn: „Wenn ich ein politisches System nicht verstehe, brauche ich gar nicht erst beginnen, mich mit den Inhalten zu beschäftigen.“ Das erfordere Aufklärungs- und Bildungsarbeit bei Kindern und Jugendlichen. Parlamentsführungen zeigen oft, dass Jugendliche keine Ahnung haben, auf welche Grundwerte sich Demokratie stützt. Insofern sei die von der Nationalratspräsidentin eingeführte „Demokratiewerkstatt“ ein Erfolg. Schon bisher nahmen 15.000 Jugendliche das Angebot wahr. Zurzeit wird an einem neuen Konzept für Lehrlinge gearbeitet: „Das halte ich für besonders wichtig“, so Prammer.

Gerd Honsik hinter Gittern

Am 27. April 2009 wurde der Neonazi Gerd Honsik (geboren 1941) vom Oberlandesgericht Wien zu fünf Jahren Haft verurteilt. Wegen seiner Leugnung des Holocaust war er schon in den Jahren zuvor zu Geld- und Haftstrafen verurteilt worden. Am 5. Mai 1994 verurteilte ihn ein Geschworenengericht wegen der Herausgabe seines Buches „Freispruch für Hitler?“ zu einer ein- und einhalbjährigen Haftstrafe. Nachdem seine Berufung zurückgewiesen wurde, entzog er sich dem Gefängnis durch die Flucht nach Spanien, weil nach dortigem Recht der Strafbestand „Wiederbetätigung“ nicht gegeben ist und er deshalb auch nicht ausgeliefert werden konnte. Erst

ein europäischer Haftbefehl ermöglichte 2007 die Überstellung nach Österreich. Hier wurde die Haftstrafe von 1994 erneut bestätigt, danach erhob die Staatsanwaltschaft im Mai 2008 Anklage wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung, worauf bis zu 20 Jahren Haft stehen. Das Urteil vom April ist noch nicht rechtskräftig.

Die politischen Aktivitäten begann Gerd Honsik 1961 als Südtirol-Terrorist mit mehreren Brandanschlägen auf italienische Einrichtungen und mit Schüssen auf das Parlament in Wien. Als Mitglied der Burschenschaft Rugia-Markomannia und des RFS gründete er eine „Volksbewegung gegen Überfremdung“, auch „Ausländer Halt!“ genannt.

Er wurde führender Funktionär in der dann 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NPD). Der Versuch der Gründung einer „Nationalen Front“ wurde Honsik vom Innenministerium untersagt. In einem „Aufruf an die arabische Welt“ bezeichnete Honsik die Judenvergasung als „größten Propagandaschwindel der Weltgeschichte“, seine Ausführungen wurden zur Grundlage für die 2006 in Teheran abgehaltene antiisraelische Propagandakonferenz zu diesem Thema, wobei Honsiks Anwalt ihn vertrat. In München wurde Honsik wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener mit Strafen belegt. ■



Die Erinnerung bewahren

KZ-Überlebende, die die internationalen Komitees von neun Lagern vertreten, unterzeichneten am 25. Jänner 2009 in Berlin ein „Vermächtnis“:

Wir, die Unterzeichnenden, Überlebende der deutschen Konzentrationslager, Frauen und Männer, vertreten internationale Häftlingskomitees der Konzentrationslager und ihrer Außenkommandos. Wir gedenken unserer ermordeten Familien und der Millionen Opfer, die an diesen Orten der Asche getötet wurden. Ihre Verfolgung und Ermordung aus rassistischen, politischen, religiösen, sozialen, biologischen und ökonomischen Gründen und ein verbrecherischer Krieg haben die Welt an den Rand des Abgrunds geführt und eine schreckliche Bilanz hinterlassen.

Nach unserer Befreiung schworen wir, eine neue Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen: Wir haben uns engagiert, um eine Wiederkehr dieser unvergleichlichen Verbrechen zu verhindern. Zeitlebens haben wir Zeugnis abgelegt, zeitlebens waren wir darum bemüht, junge Menschen über unsere Erlebnisse und Erfahrungen und deren Ursachen zu informieren.

Gerade deshalb schmerzt und empört es uns sehr, heute feststellen zu müssen: Die Welt hat zu wenig aus unserer Geschichte gelernt. Gerade deshalb müssen Erinnerung und Gedenken weiterhin gleichermaßen Aufgabe der Bürger und der Staaten sein. Die ehemaligen Lager sind heute steinerne Zeugen: Sie sind Tatorte, internationale Friedhöfe, Museen und Orte des Lernens. Sie sind Beweise gegen Verleugnung und Verharmlosung und müssen auf Dauer erhalten werden.

Sie sind Orte der wissenschaftlichen Forschung und des pädagogischen Engagements. Die pädagogische Betreuung der Besucher muss ausreichend gewährleistet sein.

Die unvergleichlichen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten – erinnert werden muss in diesem Zusammenhang vor allem an den Holocaust – geschahen in deutscher Verantwortung. Deutschland hat viel zur Aufarbeitung seiner Geschichte getan. Wir erwarten, dass die Bundesrepublik und ihre Bürger auch in Zukunft ihrer Verantwortung in besonderem Maße gerecht werden.

Aber auch Europa hat seine Aufgabe: Anstatt unsere Ideale

für Demokratie, Frieden, Toleranz, Selbstbestimmung und Menschenrechte durchzusetzen, wird Geschichte nicht selten benutzt, um zwischen Menschen, Gruppen und Völkern Zwietracht zu säen. Wir wenden uns dagegen, dass Schuld gegeneinander aufgerechnet, Erfahrungen von Leid hierarchisiert, Opfer miteinander in Konkurrenz gebracht und historische Phasen miteinander vermischt werden.

Daher bekräftigen wir den von der ehemaligen Präsidentin des Europäischen Parlaments und Auschwitz-Überlebenden Simone Veil vor dem Deutschen Bundestag 2004 ausgesprochenen Appell zur Weitergabe der Erinnerung: „Europa sollte seine gemeinsame Vergangenheit als Ganzes kennen und zu ihr stehen, mit allen Licht- und Schattenseiten; jeder Mitgliedsstaat sollte um seine Fehler und sein Versagen wissen und sich dazu bekennen, mit seiner eigenen Vergangenheit im Reinen zu sein, um auch mit seinen Nachbarn im Reinen sein zu können.“

Unsere Reihen lichten sich. In allen Instanzen unserer Verbände, auf nationaler wie internationaler Ebene, treten Menschen

an unsere Seite, um die Erinnerung aufzunehmen: Sie geben uns Vertrauen in die Zukunft, sie setzen unsere Arbeit fort. Der Dialog, der mit uns begonnen wurde, muss mit ihnen fortgeführt werden. Für diese Arbeit benötigen sie die Unterstützung von Staat und Gesellschaft.

Die letzten Augenzeugen wenden sich an Deutschland, an alle europäischen Staaten und die internationale Gemeinschaft, die menschliche Gabe der Erinnerung und des Gedenkens auch in der Zukunft zu bewahren und zu würdigen. Wir bitten die jungen Menschen, unseren Kampf gegen die Nazi-Ideologie und für eine gerechte, friedliche und tolerante Welt fortzuführen, eine Welt, in der Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus keinen Platz haben sollen.

Dies sei unser Vermächtnis. Es unterzeichneten:

Noach Flug (Jerusalem), Sam Bloch (New York), Bertrand Herz (Paris), Max Mannheimer (München), Uri Chanoch (Jerusalem), Jack Terry (New York), Albert van Hoey (Brüssel), Robert Pinçon (Tours), Annette Chalut (Paris), Pierre Gouffault (Paris).

Gerald Netzl

Innsbruck: Wo bleibt die Gedenkstätte?

Die Neugestaltung des Eduard-Wallnöfer-Platzes ist eine einmalige Chance, dem Widerstand gegen das NS-Regime eine würdige Gedenkstätte einzurichten“, sagte Helmut Muigg, Vorsitzender des Landesverbandes Tirol der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer.

Am 20. Juli, einem historischen Tag des Widerstandes ge-

gen Hitler und sein Verbrecher-Regime, richtete Muigg deshalb ein Schreiben an die im Tiroler Landtag vertretenen Parteien und weitere Repräsentanten mit der Forderung, auf dem Landhausplatz eine Gedenkstätte für die ca. 60 hingerichteten oder umgekommenen WiderstandskämpferInnen zu errichten. „Der Widerstand gegen die Nazis ist ein wertvolles und wichtiges

Stück Tiroler Geschichte“, meint Muigg, „daher dürfen im Gedenkjahr 2009 die Frauen und Männer, die in bester Tiroler Tradition gegen ein Unrechtsregime aufgestanden sind, nicht weiter vergessen bleiben!“ Er kann den Verantwortlichen des Landes den Vorwurf nicht ersparen, dass den Trägern des Widerstandes in Tirol auch nach 64 Jahren noch immer keine Gedenkstätte

am damaligen Machtzentrum der Nazis gewidmet ist.

„Wenn die Pflege des Tiroler Widerstandes, von Michael Gismair über Andreas Hofer bis zu den Helden des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, nicht auch Letztere einschließt, setzt sich die Tiroler Politik dem Vorwurf aus, nur erstarbte landesübliche Traditionen zu pflegen“, schloss Muigg.



Michael Häupl zum 60er

Bürgermeister, Landeshauptmann und Wiener SP-Vorsitzender Michael Häupl feierte seinen 60. Geburtstag und sein 15-jähriges Regierungsjubiläum gemeinsam mit 4.000 Wienerinnen und Wienern, vor allem mit MitarbeiterInnen, MandatarInnen, KünstlerInnen, VertreterInnen der Wirtschaft und mit vielen jungen Leuten sowie mit den Bürgermeistern von Berlin, München und Moskau und Bundeskanzler Werner Faymann im Wiener Rathaus.

Sein Geschenk: Der Dr.-Michael-Häupl-Förderungsfonds (MHFF) wurde ihm von Scheich Al Jaber, Generali-Österreich-Chef Luciano Cirinà und Capitals-Präsident Hans Schmid überreicht. Häupl wird den Fonds vor allem für die Förderung von Tourismusstudierenden aus sozial benachteiligten Familien einsetzen.

Bei der Feier wurde auch das Buch des echomedia verlags „Politik für die Menschen – Perspektiven für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert“ präsentiert, in dem Häupl und eine Reihe von SPÖ-PolitikerInnen (Renate Brauner, Andreas Schieder, Claudia Schmied, Christian Oxonitsch, Andreas Mailath-Pokorny, Rudolf Hundstorfer, Sonja Wehsely, Sandra Frauenberger, Michael Ludwig, Ulli Sima, Doris Bures, Rudolf Schicker, Hannes Swoboda und Maria Berger) über die Aufgaben der Sozialdemokratie Beiträge verfasst haben.

Wir Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer gratulieren Michael Häupl und danken für seine von Jugend an klare antifaschistische Haltung und für seine uns bei vielen Veranstaltungen und Aktionen stets gewährte Unterstützung. ■

MICHAEL HÄUPL (HG.)

POLITIK FÜR DIE MENSCHEN

Perspektiven für sozialdemokratische Politik im 21. Jahrhundert

echomedia

KZ Flossenbürg: Tag des Gedenkens

Im Mai 1938 ließ die SS im nordostbayrischen Flossenbürg ein Konzentrationslager errichten. Der Ort Flossenbürg war wegen seiner großen Granitvorkommen, die die Nazis für ihre Monumentalbauten verwendeten, ausgewählt worden. Bis 1945 litten im Stammlager und seinen annähernd 90 Außenlagern 100.000 Häftlinge (darunter ca. 9.000 Deutsche und 676 Österreicher – einer war unser Gen. Leo Mistingher, Häftlingsnummer 12.824). Insgesamt starben ca. 30.000 Häftlinge.

Die KZ-Gedenkstätte hat eine sehr junge Geschichte: Während an anderen Orten in späteren Jahren bauliche Zeugnisse der Lager konserviert und Ausstellungen, Archive

und Museen errichtet wurden, wurde das ehemalige Lagergelände hier weiter genutzt. Die Häftlingsbaracken dienten nach 1945 als Behausungen für kriegsgefangene SS-Männer, polnische Displaced Persons, Flüchtlinge und Vertriebene. 1958 wurde ein Großteil des Areals bebaut. Auf dem Appellplatz mit Häftlingsküche und Lagerwäscherei richtete sich ein Industriebetrieb ein. Seit den 1990er Jahren wird die Gedenkstätte auf- und ausgebaut und finden Gedenkakte u. Ä. statt.

Heuer war der 26. 7. der „Tag des Gedenkens“, mit Befreiungsfeier. Es nahmen ca. 500 Personen, darunter ca. 70 ehemalige Häftlinge und deren Angehörige, aus 18 Ländern

teil. Der Hauptredner, der ehemalige Häftling Jack Terry, verlas das „Vermächtnis der Überlebenden deutscher Konzentrationslager“ vom 25. 1. 2009. Es waren viele Offizielle und Mandatäre aus den verschiedenen Parlamenten, Gemeinderat, Landtag etc. sowie Vertreter der Religionsgemeinschaften anwesend. Die Feier war würdig. Es gibt erst seit wenigen Jahren Gedenkfeiern, die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wächst jedoch ständig. Aus Österreich kamen allerdings nur drei Teilnehmer, offiziell schien unser Land leider nicht auf.

Während des gesamten Wochenendes fand ein sehr gutes von der Evangelischen Jugend Oberfranken veranstaltetes internationales Jugendtreffen mit

Zeitzeugengesprächen, Führungen, Filmen, Workshops etc. statt.

Neben der Teilnahme am Gedenkakt und am Jugendtreffen hatte der Autor dieser Zeilen Gelegenheit, Genossen vom Ortsverein der SPD zu treffen. Gen. Albert Schwägerl hat 2001 die Otto-Bauer-Plakette verliehen bekommen. Unsere Genossen haben schöne Erinnerungen an die Besuche und die Rede von Leo Mistingher, die dieser 1995 in der Gedenkstätte hielt, und wollen die Beziehungen zu unserem Bund wieder aktivieren. Die SPD stellt die Mehrheit im Gemeinderat und auch den Bürgermeister. Im September feiert der Ortsverein sein 100-jähriges Bestehen! ■

Gerald Netzl

September 1939: Revolutionäre So

Er gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er der Betätigung für die RS und damit der Vorbereitung zum Hochverrat dringend verdächtig ist.“

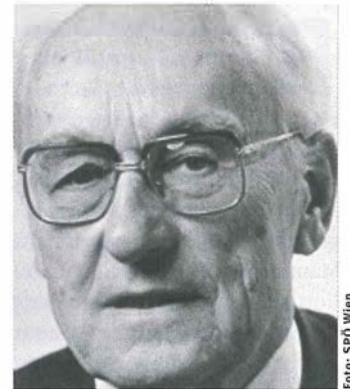
Diese Angaben aus dem Schutzhaftbefehl der Gestapo über den Genossen Franz Heiglmayr, der am 22. August 1939 mit weiteren Revolutionären Sozialisten und Sozialistinnen verhaftet wurde, übermittelte die Gestapo den Gefangenen erst einige Monate später, am 5. Jänner 1940. Bei Genossin Rosa Jochmann, die ebenfalls am 22. August 1939 verhaftet wurde, heißt es in ihrem Schutzhaftbefehl, ausgestellt am 14. Dezember 1939, „indem sie dringend verdächtig ist, sich auch heute noch im marxistischen Sinne zu betätigen und bei Freilassung zur Befürchtung Anlass gibt, ihr staatsfeindliches Treiben fortzusetzen“.

In Nazideutschland arbeitete man ab Februar 1936 an einer ständig aktualisierten sogenannten „A-Karte“ und im Juni 1936 verwies der Inspektor der Konzentrationslager und Führer der SS-Totenkopfverbände, Theodor

Eicke, bereits auf den Tarnbegriff „A-Fall“ für den Kriegsfall hin. In Österreich konnte die Gestapo neben ihren eigenen Bespitzelungen auf die Informationen der austrofaschistischen Exekutive und Justiz zurückgreifen. Denn die zahlreichen Verhafteten vor dem 1. September 1939 waren nach dem Februar 1934 in vielfältiger Weise für die Revolutionären Sozialisten tätig. Über sie wurde in der Zeit vor dem März 1938 eine große Anzahl von Haftstrafen verhängt und viele von ihnen wurden in das Anhaltelager Wöllersdorf überstellt. Es gab auch Genossen, wie etwa den sozialistischen Funktionär der illegalen Freien Gewerkschaften Friedrich Hillegeist, der in der Nacht vom 10. auf den 11. März 1938 gegen vier Uhr früh von zwei Uniformierten mit Hakenkreuz verhaftet wurde und in der Folge über das Landesgericht II und I mit Leidensgefährten in der zur Haftanstalt umgewandelten Schule in der Karajangasse in der Brigittenau landete. Nach seiner Entlassung aus der Polizeihaft Ende August/Anfang September 1938 erfolgte am 1. September 1939 seine neuerliche Verhaftung, Überstellung in die Elisabethpromenade (Polizeigefangenenhaus) und von dort in das KZ Buchenwald, wo er als Häftling Nr. 3784 bis April 1940 festgehalten wurde.

Am 24. August 1939 ging ein Fernschreiben von der Gestapo Wien an den SS-Oberführer Müller, Gestapo Berlin, über das Ergebnis einer „Sonderaktion“ gegen führende Revolutionäre Sozialisten und Kommunisten, die in den Morgenstunden des 22. August 1939 in Wien und Wiener Neustadt festgenommen worden waren. Hier heißt es: „Das Ergebnis dieser polizeilichen Aktion in Wien stellt sich wie folgt dar. Festgenommen wurden: A) 67 Kommunisten, darunter neun

führende Funktionäre (Kreisleiter, Leitmäner und dergleichen). B) 44 Revolutionäre Sozialisten, darunter 12 führende Funktionäre.“ Kurze Zeit später, am 14. September 1939, meldete die Gestapo Wien nach Berlin, dass insgesamt vom 22. August 1939 bis zum 14. September 1939 121 Personen (74 Kommunisten und 47 Revolutionäre Sozialisten) festgenommen wurden. Trotz der massiven Verhaftungswelle warnten die Revolutionären Sozialisten Österreichs vor der drohenden Kriegsgefahr. In dem illegalen Flugblatt, verbreitet im September 1939, heißt es zum Beispiel: „Der nationale Taumel, von Deutschland aus die Welt verpestend, hat sein Endziel erreicht: den modernen Krieg mit allen seinen Schrecken!“ Die RS fordert: „Der Nazilügenpropagan-



Josef Staribacher

da ist die Wahrheit entgegenzusetzen ... Das deutsche Volk hat den Krieg erst gewonnen, wenn der Nationalsozialismus besiegt und Hitler gerichtet ist! ... Sagt es allen: Je schneller ihr mit Hitler Schluss macht, desto schneller hat der Krieg ein Ende! Jede Niederlage ist besser als ein Nazi-



Roman Felleis

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Wien
B.Nr. 1126/39g-II A 1

Wien, den 14. September 1939
Morgens 4
Sprechstunde 17.30

Schnellbrief

Geheim!

An die
Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt
zu Händen von H-Oberführer Müller
-o.V.i.A.-
in Berlin SW 11
Prinz Albrechtstrasse 8

Betrifft: Sonderaktion gegen führende Kommunisten und Revolutionäre Sozialisten am 22.8.1939 in Wien und Wiener Neustadt.

Besug: Hiesiger PS-Bericht vom 24.8.1939, B.Nr. 1126/39g.

Anlagen: 1 Verzeichnis (geheftet).

Im Zuge der am 22.8.1939 durchgeführten Aktion gegen Kommunisten und Marxisten wurden an diesem und an den folgenden Tagen bisher insgesamt 121 Personen, davon 74 Kommunisten und 47 Revolutionäre Sozialisten festgenommen. Je ein Verzeichnis dieser Festgenommenen, nach Kommunisten und Marxisten getrennt, füge ich bei. Über das Endergebnis der polizeilichen Ermittlungen und die mit den Festgenommenen getroffenen Verfügungen werde ich unaufgefordert abschliessend berichten.

f. Müller

1126/39g

Foto: SPÖ Wien

Foto: DÖW

Sozialisten als „A-Kartei-Häftlinge“

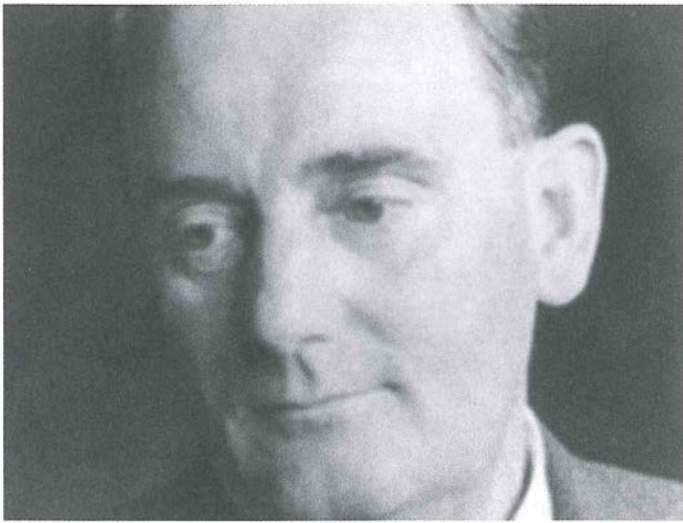


Foto: SPÖ Wien

Karl Honay

sieg!“ Die geplante und sorgfältig vorbereitete Aktion „A-Kartei“ im Falle eines Krieges – die Verhaftung von Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen – setzten die Nazis mit ihrer gewohnten Brutalität um. Die rund um den 1. September 1939 verhafteten und danach in verschiedenen KZs und in Gefängnissen inhaftierten Wiener Revolutionären Sozialisten und Sozialistinnen waren:

KZ Buchenwald: August Bergmann, Leopold Brännler, Josef Cmejrek, Alfred Drechsler, Roman Felleis, Karl Flöttl, Heinrich Hackenberg, Fried-

rich Hillegeist, Karl Honay, Karl Kleeberg, Franz Koci, Hans Kratky, Andreas Liberda, Friedrich Löwy, Karl Maisel, Karl Mantler, Adolf Mraz, Josef Naafe, Josef Pfaller, Robert Pipelka, Johann Pokorny, Friedrich Pollak, Otto Probst, Franz Rauscher, Otto Schmiedeck, Josef Staribacher, Anton Tesarek, Maximilian Vozihnoj, Alfred Warga

KZ Dachau: Dr. Franz Buchta, Franz Pfannenstiel, Otto Skritek, Emmerich Wenger

KZ Ravensbrück: Rosa Jochmann, Helene Potetz

KZ Sachsenhausen: August Fürst, Franz Gamsjäger (13. 8.

1898, gestorben am 24. 4. 1940)

Gefängnisse in Wien: Hans Gmeiner (18. 10. 1886, gestorben am 21. 7. 1940 LG Wien), Franz Heigelmayer, Rudolfine Muhr, Karl Prinz, Robert Uhlir

Moabit, Landsberg: Rudolf (Felix) Hockauf

Schutzhaft: Franz Ansorge

Die Haftzeit dieser Wiener Revolutionären Sozialisten dauerte von einigen Monaten bis zur Befreiung von der nazistischen Gewaltherrschaft. Selbstverständlich versuchten sie, so gut es unter den Bedingungen der SS möglich war, ihren KZ-Kameraden hilfreich zur Seite zu stehen und auch für die illegalen Häftlingsorganisationen tätig zu sein. Ich erinnere nur an Roman Felleis, Rosa Jochmann, Leopold Brännler, Josef Cmejrek oder Anton Tesarek, um hier nur ein paar anzuführen. Es waren aber nicht nur Revolutionäre Sozialisten aus Wien von der Verhaftungswelle „A-Kartei“ betroffen, sondern die Gestapo schlug auch in den Bundesländern zu. So wurden etwa aus dem Bezirk Wiener Neustadt am 1. September 1939 11 Genossen verhaftet, von denen einige in das KZ Buchenwald überstellt wurden (z. B. Ludwig Knöttig aus Bad Fischau oder Florian Aichberger aus Wiener Neustadt). Aus Heidenreichstein wurde Johann Wiesinger am 1. September 1939 verhaftet und in das KZ Buchenwald überstellt. Aus St. Pölten holte die Gestapo die Genossen Ferdinand Gradinger, Anton Gutlederer und Hubert Paschinger aus ihren Wohnungen ab.

Maria Szecsi und Karl Stadler führen in ihrem Buch „Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer“ (1962) insgesamt etwa 300 bis 400 Aktivisten an, die Opfer der Karteiaktion der Gestapo wurden. Erich Fein und Karl Flanner geben in ihrem Buch „Rot-weiß-rot in Buchenwald“ (1987) etwa 600 Österreicher an, „die im September und Oktober 1939 als Aktionshäftlinge in Buchenwald eingeliefert wurden“. Wolfgang Röll nennt in seinem Werk „Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945“ (2000) die Verhaftungsaktion im September 1939. Auch hier konnte Wolfgang Röll keine genauen Zahlen über die verhafteten „A-Kartei-Häftlinge“ nennen, die in das KZ Buchenwald kamen. Er führt fast 700 von den ca. 2.000 verhafteten deutschen und österreichischen Kommunisten an, bei denen „aufgrund ihrer besonderen Schulung und Haltung eine aktive staatsfeindliche Betätigung befürchtet werden musste“. Der Autor geht davon aus, „dass die Verhaftungsaktion mehrere tausend ‚reichsdeutsche‘, d. h. deutsche und österreichische Hitlergegner betraf“.

Zwei Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald kamen einige deutsche und österreichische Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten zu einer Beratung für eine Erklärung der befreiten sozialistischen KZ-Häftlinge zusammen. In dem siebenköpfigen Redaktionskomitee des „Buchenwalder Manifests der demokratischen Sozialisten für Frieden, Freiheit, Sozialismus“ waren auch die Österreicher Benedikt Kautsky und der „A-Kartei-Häftling“ Karl Mantler vertreten. Diese Erklärung vom 13. April 1945 unterzeichneten die vor dem 1. September 1939 verhafteten RSler August Bergmann, Leopold Brännler, Josef Cmejrek, Friedrich Pollak sowie Eduard Goldmann, der im März 1944 in das KZ Buchenwald „überstellt“ worden war. Sie schlossen ihr Manifest mit „Es lebe der revolutionäre demokratische Sozialismus! Es lebe die Internationale der Sozialisten der ganzen Welt!“

Herbert Exenberger



Foto: SPÖ Wien

Rosa Jochmann

Abschied von Jenny Strasser

Jenny Strasser war schon vor dem Jahr 1934 Funktionärin der Sozialistischen Arbeiterjugend in der Leopoldstadt. Nach 1934 nahm sie an vielen Untergrundaktivitäten der Revolutionären Sozialistischen Jugend teil. Mit ihrem Mann Peter Strasser ging sie in der Zeit der NS-Herrschaft in Österreich nach Frankreich und kämpfte in den Reihen der „Résistance“ gegen Nazideutschland und gegen das Vichy-Regime.

Kurz vor dem Ende des Hitler-Faschismus kehrte sie mit ihrem Mann nach Österreich zurück und war maßgebend an der Wiedergründung der Sozialistischen Jugend Österreichs im April 1945 beteiligt. Sie wurde damals auch Mitglied des wiedergegründeten SPÖ-Frauenzentalkomitees. Jenny Strasser war aktive Mitarbeiterin der BO Währing, wo sie auch eine Zeit lang Vorsitzende des Bezirks-Frauenkomitees gewesen ist.

Im Jahr 2006 veranstalteten die SPÖ Wiener Bildung und die Freiheitskämpfer einen Abend mit Jenny Strasser unter dem Titel „Meine schönste Zeit war die Illegalität“, wobei sie betonte, dass der Kampf gegen den Austrofaschismus auch viele junge Menschen für den Wi-

derstand gegen das NS-Regime mobilisierte.

Bei der Verabschiedung auf dem Neustifter Friedhof nahmen viele Genossinnen und Genossen aus der Gründungszeit der 40er Jahre und viele Freundinnen und Freunde, die ihr im späteren Berufsleben begegneten, teil.

Die Gedenkreden hielten Frauenministerin Heinisch-Hosek, Vizekanzler a. D. Hannes Androsch und ihre Tochter Andrea, die mit ihrer Familie aus Kanada gekommen war.



Jenny Strasser (18. 1. 1913–20. 7. 2009) mit Sonja Wehsely



V.l.n.r.: Dr. Lachs, Heinisch-Hosek, Ing. Nedwed, Andrea Vogel, Dr. Androsch, Elisabeth Vogel

Unvergessen: Fritz Hacker

Fritz Hacker, Jahrgang 1902, von Beruf Schlosser, Sozialdemokrat, war in seiner Freizeit Unterhaltungsmusiker und wurde 1938 wegen seiner jüdischen Abstammung schon im 1. Transport in das Konzentrationslager Dachau deportiert.

Er wurde dort schwer gefoltert! Seine Schwester, die in den USA, in Manhattan lebte, war etwas begütert und konnte ih-

ren Bruder mit viel Geld „freikaufen“.

Er durfte deshalb mit seinem Sohn und seiner damaligen Frau in die USA auswandern. Dort verdiente er sich zuerst den notwendigen Unterhalt als Musiker, später als Facharbeiter in einer Rüstungsfabrik. Bald nach dem Krieg kam er allein aus Amerika zurück und arbeitete als Maschinenfeineinsteller bei der Fa.

Schüller in St. Pölten. Seine Liebe zur Musik erfüllte seine Freizeit! Er spielte im damals berühmten ETO Tanzorchester St. Pölten und im Rundfunkorchester Charly Gaudriot. Deshalb wurde er mit dem Titel Professor ausgezeichnet und er war in den Musikschulen St. Pölten, Herzogenburg und Wilhelmsburg tätig. Fritz Hacker war der Schwager des Bürgermeisters Willi Gruber

aus St. Pölten und war als Idealist bei vielen sozialdemokratischen Veranstaltungen.

Lech am Arlberg – dort hat er auch manchmal mit Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky gesprochen – und die Adriaküste waren beliebte Urlaubsziele. Prof. Fritz Hacker bleibt unvergessen – er ist im Alter von 95 Jahren gestorben.

Karl Gruber



Im Gedenken an Fritz Inkret

Unser Ehrenvorsitzender Fritz Inkret, Februarkämpfer und langjähriger Vorsitzender der obersteirischen Freiheitskämpfer und seit Jahren Ehrenvorsitzender unseres Bundes, ist Mitte Juni verstorben. Vor zwei Jahren ist seine Biografie unter dem Titel „Nacht, die nicht enden will“ erschienen. Er war der letzte Zeitzeuge des 12. Februar 1934, der aktiv am Verteidigungskampf des Republikanischen Schutzbundes teilgenommen hat.

Eine große Trauergemeinde versammelte sich am 19. Juni auf dem Zentralfriedhof in Leoben, in der Stadt, mit der sich Fritz Inkret als langjähriger SPÖ-Mandatar eng verbunden gefühlt hatte. Namens des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und namens der sozialdemokratischen Organisationen nahm Heribert Haring, Nachfolger von Fritz Inkret in der obersteirischen Organisation, Abschied. Wir bringen aus seiner Rede folgende Passagen:

„Für uns Sozialdemokratische Freiheitskämpfer war Fritz einer der bedeutendsten Zeitzeugen des austrofaschistischen Staatsstreiches von 1934 und ein unermüdlicher Mahner und überzeugter Sozialdemokrat. Sein Leben steht für uns symbolisch für die Brüche und Umwälzungen, die unser Land in den 30er und 40er Jahren aufgrund der beiden Regime des Austrofaschismus und Nazifaschismus durchstehen musste. ‚Niemals vergessen‘ war das Lebensmotto unseres Genossen Inkret. Als Pädagoge hatte Fritz sein Leben lang einen guten Draht zur Jugend und dieses pädagogische Geschick nutzte er in über 260 Besuchen der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, wo er hunderten Jugendlichen die

Gräuelt des Nationalsozialismus in seiner unverkennbaren authentischen und sympathischen Art vermittelte.

Er hat damit mehr geleistet, als es Filme, Dokumentationen oder Bücher je imstande sind zu leisten. Seine lebendigen Schilderungen machten jene Zeit für seine Zuhörer lebendig und bis ins höchste Alter war er von einer unglaublichen Aktivität und Dynamik und zwar deswegen, weil er einen starken Sinn in seinem Leben hatte, nämlich gegen das Vergessen anzukämpfen.

Fritz war ein großzügiger und toleranter Mensch, konnte

aber auch stur sein, vor allem wenn es darum ging, der Wahrheit ihr Recht zukommen zu lassen. Fritz Inkret kämpfte im Februar 1934 gemeinsam mit Koloman Wallisch für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, wurde verhaftet und kam in die Todeszelle Nummer 6, der er nur durch glückliche Umstände zu entkommen vermochte. Nach sechsstündiger Verhandlung und zweistündiger Urteilsberatung wurde er dem ordentlichen Schwurgericht überwiesen. Er verdankte diese Überweisung der Aussage eines befreundeten Heimwehrmannes und der Aussage eines Gendarmeriebeamten.

Nach ihm kam unser Genosse Koloman Wallisch in die sogenannte Armesünderzelle Nummer 6. Genosse Wallisch wurde am 19. Februar um 11.40 Uhr im Galgenhof Leoben hingerichtet und anschließend bei Nacht und Nebel verscharrt – das Grab wurde gleich eingeebnet. Weder ein Bischof, noch Kardinal Innitzer, noch der damalige Papst Pius haben ein Wort gegen diese Morde an weiteren elf Sozialdemokraten gesprochen. Der damalige Kanzler Dollfuß hat sogar während der Standgerichtsverhandlung gegen Wallisch mehrmals von Wien aus angerufen, ob Wallisch noch immer nicht zum Tode verurteilt sei. Die letzten Worte von Koloman Wallisch vor seiner Hinrichtung waren: ‚Versprecht mir, dass ihr tapfer bleibt und durchhaltet! Es lebe die Sozialdemokratie! – Freiheit!‘

Nach diesen Idealen und Grundsätzen hat Fritz Inkret zeit seines Lebens gelebt!

Ein herzliches und aufrichtiges Danke an seine Frau Hermi, die Fritz in den letzten Wochen seiner schweren Krankheit liebevoll und aufopfernd betreut hat. Ich bin stolz, dass ich Fritz Inkret kennenlernen durfte und dass ich mit ihm ein Stück des sozialdemokratischen Weges gehen durfte. Meine höchste Anerkennung und Wertschätzung und vor allem Respekt.“

Heribert Haring schloss seine Rede mit folgenden Worten:

„Im Namen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, der Landesverbände Wien, Kärnten, Oberösterreich und Steiermark sowie all seiner Genossinnen und Genossen, Freunde, Bekannten und Wegbegleiter ein herzliches und aufrichtiges Dankeschön und ‚Freundschaft‘.“ ■



Fritz Inkret (13. 7. 1915–14. 6. 2009)

Foto: Freiheitskämpfer



Gedenkbuch für die Opfer des National- sozialismus an der Universität Wien 1938

An der Universität Wien wurden im Jahr 1938, mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus, über 2.700 vorwiegend jüdische Angehörige der Universität entlassen und in der Folge vertrieben und/oder ermordet.

70 Jahre nach dem sogenannten „Anschluss“ und der Pogromnacht erinnert die Universität Wien 2008 an dieses Unrecht. Die Namen der entlassenen, vertriebenen und entrechteten Frauen und Männer sind in diesem Gedenkbuch erstmals verzeichnet.

Dieses Gedenkbuch ist kein abgeschlossenes Werk, vielmehr Dokument und Anlass zur Erinnerung. Es wird weiter ergänzt werden. In diesem Sinne sind die Projekt-Verantwortlichen dankbar für entsprechende Hinweise. Es handelt sich hier um eine späte symbolische Initiative, die niemals beendet sein wird. Für die Gegenwart und Zukunft ist dieses Dokument gedacht als Erinnerung und zugleich als Mahnung an die Angehörigen der Universität: „Wehret den Anfängen!“

Jetzt online: <http://gedenkbuch.univie.ac.at/>

Aus „Die Gemeinde“ – offizielles Organ der Israelitischen Kultusgemeinde Wien

Projekte des Erinnerns im Burgenland

Das Amt der Burgenländischen Landesregierung, Abteilung 7 – Kultur, Wissenschaft und Archiv arbeitet an einem großen Projekt eines virtuellen Denkmals aller Opfer des Nationalsozialismus:

Im Zuge des Projekts wird versucht, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors der Jahre 1938 bis 1945 namentlich zu erfassen. In die Datenbank wurden alle jene aufgenommen, die infolge von Zwangsmaßnahmen der SS, Polizei oder Wehrmacht verstorben sind, die von NS-Gerichten zum Tode verurteilt, die aufgrund der „Rasse“, religiöser oder sexueller Orientierung ermordet wurden, dem nationalsozialistischen Euthanasieprogramm zum Opfer fielen oder durch Zwangsarbeit zu Tode gekommen sind.

Das Projekt Opferdatenbank soll eine Übersicht über die Gesamtzahl der Opfer der politischen, rassischen und religiösen Verfolgung im Burgenland ermöglichen. Das Projekt stellt aber auch einen notwendigen

Akt des Gedenkens dar, der die Opfer vor dem Versinken in die Anonymität bewahren soll, und dient als virtuelles Denkmal aller Opfer des Nationalsozialismus des Landes Burgenland.

Aus Gründen des Datenschutzes ist die Opferdatenbank nicht im Internet einsehbar. Der Zugang zur Datenbank erfolgt über die Abteilung 7 – Kultur, Wissenschaft und Archiv beim Amt der Burgenländischen Landesregierung telefonisch, per Mail oder auf dem Postweg.

Nähere Informationen zum Projekt und zu den Opfergruppen findet man unter www.burgenland.at/opferdatenbank.

Das Projekt wurde vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und vom Kulturverein Österreichischer Roma unterstützt.

Ein weiteres Projekt wurde in der Marktgemeinde Pötttsching bereits im vergangenen Jahr anlässlich der Erinnerung an den 75. Jahrestag des Februars 1934 und an den 70. Jahrestag der

Okkupation Österreichs durch Hitler-Truppen gestartet. Es wurde ein Gedenkstein für die zivilen Opfer der Zeit von 1934 bis 1945 in einer Feierstunde der Öffentlichkeit übergeben. Vorangegangen war eine Diskussion unter der Bevölkerung, ob ein solcher Gedenkstein als Ergänzung zu den Krieger- und Soldatendenkmälern aufgestellt werden soll. In der kontroversiellen Diskussion hat sich schließlich die Meinung durchgesetzt, dass sechs Jahrzehnte nach Ende des Faschismus eine Aufarbeitung der Opfergeschichte in diesem Ort sinnvoll ist.

So konnte der international bekannte Bildhauer Karl Prantl aus Pötttsching mit Unterstützung der damaligen Bürgermeisterin Irene Izmenyi dieses Projekt verwirklichen. Heuer hat die Historikerin Dr. Susanna Steiger-Moser zu einem Symposium eingeladen, in dem das Projekt vorgestellt und in einem größeren Zusammenhang weiterentwickelt werden soll. An der Tagung im Pötttschinger Meierhof nahmen unter anderem teil: Univ.-Doz. Dr. Bailer-Galanda und Dr. Jonny Moser vom DÖW, aus der Gedenkstätte in Hartheim Mag. Florian Schwanninger. Außerdem haben Pia Bayer und Mag. Dieter Szorger, die erst vor kurzem die Burgenländische Opferdatenbank im Landesmuseum präsentieren konnten, teilgenommen.

Nach dem Einleitungsreferat von Dr. Steiger-Moser fand die geplante Begehung des Gedenksteinweges trotz Schlechtwetters statt. Wir werden über die Details dieses Projektes und über die Personen, die sich hier verdienstvollerweise eingesetzt haben, in unserem Jahrbuch 2009 berichten.

Ernst Nedwed



Foto: Steiger-Moser

V. l. n. r.: Dr. Jonny Moser, Mag. Claudia Kreiner-Ebinger (Leiterin des Renner-Instituts Bgld.), Dr. Gerald Schlag, Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer-Galanda, Mag. Florian Schwanninger, Karl Prantl, Dr. Susanna Steiger-Moser

Gabriele Heinisch-Hosek neue SPÖ-Frauenvorsitzende

Bei der außerordentlichen Bundesfrauenkonferenz in Linz, an der als Gast auch Bundesvorsitzender Ernst Nedwed teilgenommen hat, wurde die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit 95,7 Prozent von den anwesenden Delegierten zur neuen SPÖ-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt.

Nationalratspräsidentin Mag. Barbara Prammer hatte die Funktion der Vorsitzenden zwölf Jahre lang ausgeübt. In ihrer Bilanzrede erinnerte sie an die Erfolge, die trotz der schwarz-blauen Regierung durchgesetzt werden konnten. Die Herausforderungen heute sind jedoch vielfältiger, die Schwierigkeiten, die durch die Wirtschaftskrise auf die Frauen zukommen, sind nur durch die Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt zu bewältigen! Zum Thema, das für uns sehr wichtig ist, sagte Barbara Prammer:

„Nur in einer Demokratie können gesellschaftliche Konfliktpotenziale in einem frei gewählten Parlament friedlich ausgetragen werden.“

Demokratie baut auf den Ausgleich der Interessen. Es geht darum, sachliche Lösungen zu finden. Diese Debatte ist durchaus hart, aber nicht respektlos und am Inhalt vorbei zu führen.

Es ist daher vollkommen inakzeptabel, wenn Einzelne politischen Streit ausschließlich als Beschädigung des anderen austragen. Demokratie bedeutet das produktive Ringen um einen tragfähigen Kompromiss. Und nicht Streit als Selbstzweck. Denn das schadet unserer Demokratie. Nicht zuletzt drückt sich das auch darin aus, dass sich 20 Prozent der Menschen heute einen starken Führer wünschen.

Dieses ernsthafte Krisensignal für unsere Demokratie führt uns zur Auseinandersetzung mit dem wieder aufkeimenden Rechtsextremismus in Österreich.

Wir Sozialdemokratinnen betrachten diese Geschehnisse natürlich vor dem Hintergrund unseres historischen Kampfes gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus. Und gerade eingedenk unserer starken Antifaschistinnen, wie Rosa Jochmann oder Käthe Leichter und vieler anderer.

Der Sozialdemokratie ist Antifaschismus ein zentraler Grundwert. Und es ist schlicht und einfach unerträglich, wenn wir heute mit dem massiven Zunehmen von rechtsextremen Umtrieben konfrontiert sind.

Ich erinnere nur an die Schändung der Gedenkstätte Mauthausen, die Ereignisse in Ebensee oder die Zerstörung eines ‚Euthanasie-Denkmal‘ in Vöcklamarkt. Oder an den Festkommers aller Burschenschaften in Innsbruck. Ich appelliere an euch alle: Politische Bildung und Aufklärung über gesellschaftliches Zusammenleben sind notwendiger denn je. Zum Wissen über das Wesen der Demokratie gehört auch das Wissen über Geschichte.

Denn jene, die rechte Irrwege einschlagen, missachten das Fundament unserer Demokratie, missachten die Menschenrechte. Es wird daher eine gemeinsame gesellschaftliche Anstrengung brauchen. Dazu braucht es jede Einzelne von uns! Wir müssen Bewusstsein schaffen: in der eigenen Familie, in den Schulen unserer Kinder, in der eigenen Nachbarschaft, in den Betrieben, in denen wir arbeiten, und in den Vereinen, in denen wir uns engagieren.“



Foto: Zinner

Mit 95,7 Prozent gewählt: Gabriele Heinisch-Hosek

Toleranz hat viele Gesichter

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer beteiligten sich im Rahmen des Donauinselfestes der SPÖ Wien vom 26. bis 28. Juni 2009 an der Aktion „Toleranz hat viele Gesichter“. Dabei wurde in einer Fotoaktion die Vielfalt der Jugend dokumentiert.



Annemarie Hopfgartner, Eva Zeman und Dr. Jonny Moser

Foto: Freiheitskämpfer



Franz Danimann 90. Geburtstag

Einer unserer Vorkämpfer, Dr. Franz Danimann, feierte am 30. Juli seinen neunzigsten Geburtstag. Da Genosse Danimann in ein Pensionistenheim gezogen ist, haben sich die Bezirksgruppe Favoriten und der Bundesvorstand der Freiheitskämpfer mit freundschaftlichen Glückwünschen

dort eingestellt. Er ist einer von jenen, die von Jugend an gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen den Austro- und Nazi-Faschismus gekämpft haben.

Franz Danimann ist in Schwechat in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit aufgewachsen, sein Onkel und Ziehvater war sozialdemokratischer Par-

teisekretär und deshalb erlebte Franz auch als Jugendlicher die Tragödie des Februars 1934 als persönlich Betroffener. In der Zeit des Austrofaschismus war er im illegalen Widerstand bei der RS und bei den illegalen Freien Gewerkschaften tätig. Hier kam er mit Alfred Ströer in Kontakt. Er wurde schließlich, nach dem Einmarsch der Hitler-Truppen, 1939 von der Gestapo verhaftet. Von 1939 bis 1942 war er in den Fängen der NS-Polizei, zunächst auf der Rossauer Lände, im Landesgericht Wien und in der Strafanstalt Stein. Im Jahr 1942 wurde er unter der Häftlingsnummer 32635 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Da er zu den körperlich Starken gehörte und auch in der Vernetzung innerhalb der Häftlingsorganisation in Arbeitskommandos und als Krankenpfleger überleben konnte, war er unter jenen, die die Befreiung durch die Rote Armee am 27. Jänner 1945 erleben konnten.

Er sagt über diese Zeit: „Als ob wir gehaut hätten, dass es später Neonazis geben würde, die die historisch einmaligen Massenverbrechen in Ausch-

witz zu leugnen bzw. zu bagatellisieren versuchen, machten wir uns in der Kommandantur und in den SS-Unterkünften auf die Suche nach Unterlagen über die dortigen Verbrechen. Wir fanden Anordnungen, konkrete Befehle, Listen der Opfer, Hinweise auf die Täter usw. Diese Unterlagen waren wichtige Beweisstücke bei den späteren Kriegsverbrecherprozessen.“

Nach dem Jahr 1945 war Danimann, der nebenberuflich ein Jusstudium absolvierte, in verschiedenen Verwaltungsbereichen tätig, lange Zeit war er Leiter des Landesarbeitsamtes NÖ. Als eine wichtige Aufgabe betrachtet er seine Vortragstätigkeit und seine Arbeit als Autor im Interesse der Aufklärungsarbeit unter der Jugend. Als Mitglied des Auschwitz-Komitees und als aktiver Mitarbeiter des Bundesvorstandes war und ist er ein unersetzlicher Zeitzeuge des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg.

Zum neunzigsten Geburtstag alles Gute und weitere Jahre im Kreise der sozialdemokratischen Antifaschisten. ■

Ernst Nedwed

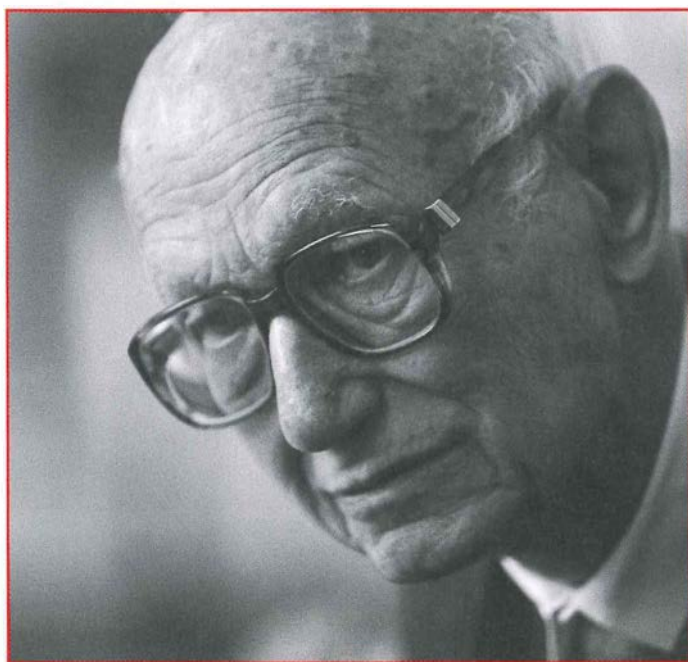


Foto: DOW

Widerstandskämpfer Franz Danimann

Manfred Scheuch ein 80er

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter würdigte das Lebenswerk von Manfred Scheuch, einem „Begleiter, Wegweiser und Impulsgeber“ der österreichischen Sozialdemokratie über viele Jahrzehnte hinweg. Scheuch habe sowohl Höhen und Tiefen als auch Triumphe und Niederlagen erlebt, die SPÖ wünsche von ganzem Herzen Gesundheit, Lebensfreude und Schaffenskraft. Bei der stimmungsvollen Feier im historischen Vorwärts-Haus sprachen auch Bundesrat Albrecht

K. Konecny, der Historiker Wolfgang Maderthaner, die stv. Direktorin des Dr.-Karl-Renner-Instituts Barbara Rosenberg und der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed. Der Jubilar Manfred Scheuch rief in seiner humorvollen Dankesrede so manche Erinnerung an schöne vergangene Zeiten wach. Unter anderem gratulierten auch AK-Präsident Herbert Tumpel, Ministerin a. D. Hilde Hawlicek, Professor Paul Lendvai und Samariterbundpräsident Franz Schnabl. ■



Foto: Freiheitskämpfer

Scheuch mit G. Kräuter, A. Konecny, B. Rosenberg



Neue Führung der FSG

Der langjährige Vorsitzende der FSG im ÖGB, Wilhelm Haberzettl, übergab am 30. Juni 2009 seine Funktion bei einer Konferenz unter dem Titel „Menschen. Arbeit. Zukunft.“ im Messezentrum Wien an den neu gewählten Vorsitzenden, Wolfgang Katzian.

Katzian, der aus der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kommend seit Jahren an der Spitze der GPA-djp als Vorsitzender tätig ist, kündigte eine aktive gewerkschaftliche Arbeit unter der Perspektive künftiger Strukturveränderungen im Steuersystem in Richtung stärkerer Belastung von Vermögen und einer Entlastung von Arbeit an. Er setzte sich vor allem mit den Ansichten des Finanzministers Josef Pröll, der jegliche Änderungen in dieser Richtung ablehnt, auseinander.

Parteivorsitzender und Bundeskanzler Werner Faymann

stellte vor allem die Bildungspolitik in den Mittelpunkt. Die SPÖ tritt zur Verteidigung der sozialen, staatlichen Netze an. Diese dürften nicht zerschlagen, nicht verkauft und auch nicht durch Spekulationen umgewandelt werden. Der Bundeskanzler bedankte sich bei der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) auch für die „gute, aufrichtige und freundschaftliche Zusammenarbeit“. SPÖ und FSG gehörten zusammen, „wir stehen zueinander und gehören zueinander“, so Faymann, der sich auch beim scheidenden FSG-Vorsitzenden Wilhelm Haberzettl für die gute Zusammenarbeit bedankte. Nur eine Sozialdemokratie und eine Gewerkschaft, die das Beste für die Menschen wollen, hätten gemeinsam eine große Zukunft, so Faymann, der auch für die Zukunft für eine gute Zusammenarbeit warb.



Foto: FSG

Wolfgang Katzian, neuer FSG-Vorsitzender

Wir Freiheitskämpfer freuen uns darüber, dass die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen auch eine

bewährte politische Kraft im Kampf gegen den Rechtsextremismus und Rassismus ist. ■

E. N.

90 Jahre Betriebsrätegesetz

ÖGB und AK luden neunzig Jahre – fast auf den Tag – nach dem Beschluss des Betriebsrätegesetzes zu einer Feierstunde ein.

Durch das Programm führte die charmante Chefredakteurin der „Arbeit & Wirtschaft“, Katharina Klee. Zwei ansprechende Kurzfilmcollagen lockerten auf und die beiden Präsidenten Erich Foglar für den ÖGB und Herbert Tumpel für die AK wiesen nicht nur auf die Bedeutung jenes vor neunzig Jahren beschlossenen „Gesetzes, betreffend die Errichtung von Betriebsräten“ vom 15. Mai 1919 hin, sondern, so Foglar, auch auf die Bedeutung für die Gegenwart und für die Zukunft, wobei er auf Otto Bauers Rede in der Nationalversammlung verwies.

Selbstverständlich blieb auch der Hinweis auf „die Gefahr, dass der Unternehmer nicht mehr Herr im Hause sei“, nicht unerwähnt. Tumpel erinnerte an das „Beseitigen des Revolutionsschuttes“, das zwar heute nicht mehr so, aber immer noch (Beispiel Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft) durch diverse Be- und Verhinderung bei Konstituierung von Betriebsräten in der Gegenwart stattfindet.

Die Podiumsdiskussion „BetriebsräteInnen in Gegenwart und Zukunft“ verlief emotional, engagiert und informativ. Die ehemaligen und aktiven Betriebsräte Eva Zeglovits, Christine Boller, Konrad Kölbl und der Buchautor Wolfgang Greif befassten sich im ersten Teil mit ihren Erfahrungen bei Einfüh-

rung von Betriebsräten, Durchsetzung von Forderungen und tagtäglichen Anforderungen, die an Betriebsräte herangetragen werden. Ganz interessant war auch, wie viel und welche Bedeutung und Beachtung das vor neunzig Jahren beschlossene „Hanuschgesetz“ auch in der Gegenwart im Rahmen der EU bekommt.

Als Wünsche wurde angekündigt, die positiven EU-Richtlinien so rasch als möglich auf nationaler Ebene umzusetzen. Ein Mehr an persönlich durchgeführter Solidarität, internationale engere Zusammenarbeit auf betrieblicher Ebene, Europäische Betriebsräte – wie Greif sie in seinem Buch „Der Europäische Betriebsrat“ analysiert. ■

Peter Lhotzky

Arbeit ist das halbe Leben

Das „Institut zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und der Arbeiterkammern“ und das „Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien“ arbeiten an einem Projekt über die Veränderungen der Arbeitswelten seit 1945 und es wurde ein Schreibaufruf für „Zeitzeugen der Arbeitswelt“ gestartet.

Informationen dazu gibt es unter der Kontaktadresse: Mag. Sabine Lichtenberger Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien Telefon: 01/501 65-2326 E-Mail: sabine.lichtenberger@akwien.at

Spaniens Himmel breitet seine Sterne ...

Im Oktober 2007 ließ das Zentrum für andalusische Studien in Sevilla das Liederbuch der Internationalen Brigaden neu auflegen. Grundlage dafür ist die 5. Auflage des Original-Liederbuchs, erschienen im Juni 1938 in Barcelona. Auf 136 Seiten sind 133 Lieder in vierzehn Sprachen mit Texten und großteils mit Noten faksimiliert.

Der Sänger dieser Lieder schlechthin war der Deutsche Ernst Busch, der das Liederbuch 1938 auch herausgab. Willi Bredel, Kommissar des Thälmann-Bataillons, erinnerte sich an die Auftritte von Ernst Busch: „Ich sehe und höre ihn oft an der Front vor Madrid bei Torija, auf offenem Marktplatz inmitten trauriger Ruinen und kahler, kalkweißer Häuser vor tausenden feldmarschmäßig angetretenen deutschen und internationalen Freiheitskämpfern. Vor Männern, die Madrid

verteidigt, wochenlang in der Universitaria in Häuserkämpfen gegen Francos Marokkaner und Fremdenlegionäre gekämpft hatten. Männer, die entscheidenden Anteil hatten am Sieg Madrids. Vor ihnen sang Busch, und er sang die alten und die neuen Freiheitslieder, sang vom Sinn ihres Kampfes und von der Größe ihres Opfers.

Und viele, die weder im Konzentrationslager noch beim Tode ihrer besten Kameraden Tränen gekannt hatten, die vielleicht in ihrem ganzen Leben noch nie geweint, schämten sich in dieser erhebenden Stunde vor dem neuen Kampf ihrer nassen Augen nicht. Ich sehe und höre ihn in den schwersten Tagen des Kampfes in Katalonien, in Mataró, einer kleinen Stadt bei Barcelona, in einem internationalen Hospital singen.

Verbundene, an Krücken humpelnde, in ihren Betten

hereingefahrene Helden dieses Freiheitskampfes aus allen Ländern der Welt waren versammelt, Amerikaner und Skandinavier, Jugoslawen und Mexikaner, Polen, Deutsche, Tschechen und Franzosen, Engländer und Ungarn, Holländer, Bulgaren, Italiener, sogar Chinesen und Türken.

Und während Busch sang, leuchteten die Augen der Verstümmelten, glitt über manches schmale, vom Tode bereits gezeichnete Gesicht ein beglücktes Lächeln, schluchzten in Kämpfen und Qualen hart gewordene Männer.

Busch sprang auf den Tisch und rief: „Mitsingen!“ – und aus den Betten reckten sich die Köpfe, und wenn auch kein Laut von den Lippen kam, die Lippen bewegten sich, und auch die Sterbenden sangen noch mit. Die verbundenen Gesichter, die zerfetzten Münder sangen die



Lieder der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg

Lieder, die von ihrem Wollen, ihrer Sehnsucht kündeten.“

Das Liederbuch ist für wohlfeile € 15,- zu kaufen und sollte in keiner antifaschistischen Büchersammlung fehlen! ISBN 978-84-872-343-1

Gerald Netzl

Erinnern an Massaker in Krems/Stein

St. Pölten (SPI) – Am 5. April gedachten der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten Niederösterreichs gemeinsam mit der SPÖ-Bezirksorganisation St. Pölten, der SJ Niederösterreich, VertreterInnen des KZ-Verbandes sowie einer Abordnung der griechischen Botschaft in Österreich auf dem Friedhof in Krems/Stein sowie am Denkmal ermordeter griechischer Soldaten vor dem Gefangenenhaus Krems/Stein der Opfer des Nationalsozialismus, welche in den letzten Kriegstagen in dieser Region am 6. und 7. April 1945 von SS-Scherzen ermordet wurden. Am Mahnmal des Massakers legten die SPÖ-

Freiheitskämpfer und Antifaschisten sowie die Abordnung der griechischen Botschaft Kränze nieder.

Der NÖ-Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, LAbg. a.D. Karl Gruber, erinnerte an die damaligen Vorgänge:

„Am 5. und 6. April 1945 trafen aus Wien unklar formulierte Entlassungsrichtlinien ein. Der Leiter der Anstalt, RR Franz Kodré, bemühte sich damals um Freilassungen. Jedoch der nationalsozialistisch eingestellte Aufseher, Anton Pomassl, alarmierte die NSDAP-Kreisleitung mit der Falschmeldung, dass in der

Strafanstalt ‚eine Revolte ausgebrochen sei‘. Obwohl RR Kodré bemüht war, den herbeigeeilten SS-Offizieren zu beteuern, dass die Entlassung in Ordnung sei, wurde die Freilassung vereitelt. Sofort drangen die NS-Trupps in die Haftanstalt ein und eröffneten wahllos das Feuer. Dem darauf folgenden Gemetzel fielen in Stein und in den Straßen rund um Krems 386 Menschen zum Opfer.

Was sich damals abgespielt hat, darf sich nie mehr wiederholen. Die Verarmung breiter Schichten infolge der Wirtschaftsdepression in Deutschland und in Österreich war der fruchtbare Boden für die Nazi-Propaganda. Demokratische

Strukturen wurden zielgerichtet ausgehöhlt oder abgeschafft, der Staat und seine Institutionen gleichgeschaltet. Die Kriegsrüstung brachte Arbeitsplätze – aber letztlich ein zerstörtes Europa mit Millionen Toten, Vertriebenen, und viele Länder lagen in Schutt und Asche. Europa ist heute gut beraten, sich tatsächlich untereinander gut zu vertragen und das Friedensprojekt voranzutreiben. Gerade jetzt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es notwendig, allen Tendenzen gesellschaftlicher Spaltungen bzw. des Auseinanderdividierens sofort entgegenzutreten. Dazu gehört auch, immer daran zu erinnern, damit so etwas nie mehr passieren kann“, so Gruber.



1944: Slowakischer Nationalaufstand

Als am 29. August 1944 die faschistische slowakische Regierung in Bratislava beschloss, militärische Maßnahmen der deutschen Besatzungstruppen gegen Partisanen in der Mittelslowakei zu unterstützen, war dies das Signal zum allgemeinen Aufstand gegen die von Hitlers Gnaden existierende Marionettenregierung.

Damit begann eine schon seit längerer Zeit geplante Loslösung der slowakischen Armeeverbände vonseiten der Deutschen zu den Alliierten. Der Slowakische Nationalaufstand (Slovenské národné povstanie – SNP) dauerte zwar nur bis Oktober 1944, war aber dennoch ein wichtiger Beitrag für die Befreiung der Slowakei und ganz Mitteleuropas.

Das starke 1. slowakische Armeekorps unter Brigadegeneral Ján Golian erklärte sich zum Bestandteil der 1. Tschechoslowakischen Armee und rief sämtliche slowakischen Truppen dazu auf, sich von nun an gegen die deutsche Wehrmacht zu stellen. Der Vorstoß der Roten Armee sollte durch den Aufstand erheblich beschleunigt werden. Verstärkt durch Partisaneneinheiten hofften die Kämpfer zumindest die gebirgigen Teile der Mittelslowakei bis zur Ankunft der sowjetischen Truppen halten zu können.

Dem unerwartet starken deutschen Gegenangriff versuchte man durch eine generelle Mobilisierung der Bevölkerung ab dem 5. September 1944 entgegenzuwirken. Doch gegen kampferprobte und gut ausgerüstete SS-Verbände konnten die schlecht ausgebildeten und eben erst einberufenen Reservisten und Jugendlichen kaum Widerstand leisten.

Auch die Unterstützung der Sowjetunion war bei weitem nicht so groß wie sie von den Aufständischen erwartet wurde. Später feierten dann die Kommunisten Jahr für Jahr den heldenhaften Einsatz der sowjetischen Streitkräfte rund um den Slowakischen Nationalaufstand. Die Wahrheit war aber, dass die Slowaken, von einigen US- und britischen Versorgungsflügen abgesehen, auf sich allein gestellt blieben.

So verwunderte es nicht, dass Ende Oktober beinahe sämtliche bereits befreite Gebiete sich wieder in der Hand der Deutschen und faschistischer slowakischer Milizen (Hlinka-Garden) befanden. Am 30. Oktober 1944 verließ der Staatspräsident des Vasallenstaates, der katholische Priester Jozef Tiso, hohe Auszeichnungen an die angetretenen Angehörigen der SS und der Wehrmacht.

Trotz der Niederlage war und ist der Nationalaufstand eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des jungen slowakischen Staates. Hatte er doch gezeigt, dass ein großer Teil der Bevölkerung feindlich und ablehnend gegen das von Hitler unterstützte faschistische Regime in Bratislava war. Neben dem Warschauer Aufstand war der slowakische eine der größten antifaschistischen Widerstandshandlungen des gesamten Zweiten Weltkrieges.

Mit berechtigtem Stolz feierte die Slowakische Republik in diesem Jahr nun den 65. Jahrestag des Aufstandes. Neben offiziellen Staatsakten unter Anwesenheit des slowakischen Präsidenten, der gesamten Regierung und zahlreicher ausländischer Gäste, bemühten sich die Veranstalter, viele frei zugängliche Veranstaltungen um das Jubiläum herum zu organisieren. Auf einer Bühne fanden den ganzen 29. August 2009 über verschiedene Konzerte statt, abends gab es ein prächtiges Feuerwerk und am folgenden Tag wurde die Generalmobilmachung während des Aufstandes auf dem Hauptplatz von Banská Bystrica nachgestellt.

Im Mittelpunkt aller Feierlichkeiten standen aber die Veteranen des Nationalaufstandes. Viele von ihnen waren nach Banská Bystrica gekommen, um persönlich bei der Kranzniederlegung am Heldendenkmal im Hof des neu gestalteten Aufstandsmuseums teilzunehmen.

Neben verschiedenen Sonderschauen begrüßte das SNP-Museum seine Gäste mit einer völlig neu überarbeiteten Dauerausstellung. Im Gegensatz zu früheren Präsentationen des Aufstandes zeigt die nun eröffnete Schau auch die Unterstützung der anderen Alliierten, also der Briten und der US-Amerikaner. Weiters widmet sich ein Teil der Exposition dem in der Slowakei bis heute nur sehr mangelhaft aufgearbeiteten Thema der Kollaboration zwischen dem Deutschen Reich und dem nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei von 1939 bis 1945 existierenden faschistischen Marionettenstaat.

Neben einem ausgebauten Ausstellungsteil über die Vernichtung der slowakischen Juden wurde erstmals auch dem blutigen Schicksal der slowakischen Roma und Sinti Rechnung getragen. Im Hof des Museums wurde dazu eigens eine Gedenktafel angebracht. ■

Marcus Strohmeier



Foto: Strohmeier

In Ergänzung einiger Gedenktafeln wurde diesmal auch eine für die ermordeten slowakischen Roma enthüllt. Auf dem Foto der Autor.



**Liebe
Genossinnen,
liebe Genossen!**

**Für die uns über-
mittelten Grüße und
Glückwünsche zu un-
seren runden Geburts-
tagen danken wir auf
diesem Weg recht herz-
lich.**

**Eduard Goldmann,
Karl Gruber,
Ernst Nedwed,
Manfred Scheuch**

Werner Burg 75. Geburtstag

Werner Burg, Mitglied des Bundesvorstandes und langjähriger Funktionär in NÖ, vor allem in der Stadt Mödling, wurde am 12. April 1934 in einem Jahr des austrofaschistischen Terrors geboren. In der Bezirksorganisation Mödling war er als Vertrauensperson und zeitweise als Vorsitzender jahrelang tätig. Er wurde Stadtrat, Vizebürgermeister und schließlich vom Jahr 1982 bis 1985 Bürgermeister in der Stadtgemeinde Mödling. Leider war er auch der letzte SPÖ-Bürgermeister dieser Stadt. Seit den 90er Jahren ist Werner Burg bei den Freiheitskämpfern aktiv, als Bezirksvorsitzender und Mitglied

des Landes- und des Bundesvorstandes.

Auf seine Initiative gehen zahlreiche Aktivitäten, wie z. B. die Schaffung von Gedenktafeln und Bodensteinen für Widerstandskämpfer und NS-Opfer, zurück. Eine wichtige Aufgabe ist sein Engagement in der Gesellschaft für Kulturpolitik (KUPO), wo er auch antifaschistische Themen einbringen kann. Er wurde mit der Victor-Adler-Plakette und der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet.

Der Bundesvorstand gratuliert nachträglich, aber umso herzlicher, zu seinem 75. Geburtstag.

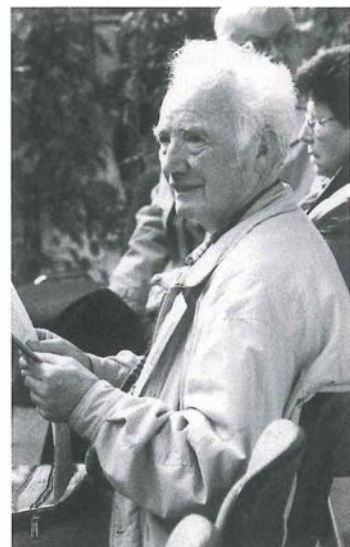


Foto: Freiheitskämpfer

**Werner Burg, ein aktiver
Mitkämpfer**

Ernst Nedwed

Wir gratulieren

Zum 100. Geburtstag: Maria Grasgruber, Wien. **99. Geburtstag:** Paula Billes, Eisenstadt; Karoline Sperlich, Wien. **98. Geburtstag:** Alfred Gisel, Siegfried Jellinek, Wien. **97. Geburtstag:** Aloisia Lackinger, Linz; Otto Wolf, Wien. **96. Geburtstag:** Hermine Filipic, Hedwig Sauer, Wien; Kurt Wasserberger, Israel. **95. Geburtstag:** Eduard Goldmann, Salzburg; Hermine Polka, Wien. **94. Geburtstag:** Anna Hradil, Margarete Schnabl, Grete Schneider, Herma Tichy, Wien. **93. Geburtstag:** Franz Hellwagner, Braunau; Maria Kaiser, Innsbruck; Hilde Kala, Mödling; Valerie Langer, Maria Metzker, Valerie Schüssel, Wien. **92. Geburtstag:** Maria Schnabel, Kapfenberg. **91. Geburtstag:** Anna Bassani, Bad Aussee; Ida Holicsek, Eisenstadt; Meta Kodym, Guntramsdorf; Karl Pfeiffer, Salzburg. **90. Geburtstag:** Gertrude Scholz, Graz; Franz Danimann, Hedwig Dörner, Franz Heidmeier, Karl Leidenfrost, Emma Sassik, Gisela Schwarz, Kurt Unzeitig, Heinrich Zabinsky, Wien. **85. Geburtstag:** Hedwig Diermair, Theresia Rotpart, Linz; Franz Zellnig, Obdach; Hildegard Gruber, Salzburg; Otmar Emerling, Franz Focke, Anna Hilbert, Gerda Horvath, Christine Kaplan, Emma Medek, Kurt Prokop, Herta Watzinger, Wien; Margarete Janecek, Wiener Neustadt; Willi Kronewitter, Zell am See. **80. Geburtstag:** Grete Horvatits, Amstetten; Anna Kupper, Ferlach; Alois Buchegger, Beatrix Eypeltauer, Lieselotte Guschlbauer, Linz; Karl Gruber, Adolf Mlnarik, St. Pölten; Hubert Humitsch, Klagenfurt; Winfried Menschik, Purkersdorf; Eleonore Ihr, Salzburg; Josefine Riedl, St. Kanzian/Klopeiner See; Helmuth Blettinger, Max Fischer, Hertha Frey, Karl Kammerer, Ernst Nedwed, Edith Pepper, Alfred Pilar, Elisabeth Rosenberg, Manfred Scheuch, Karl Wagner, Alfred Wenninger, Elisabeth Wollmann, Erwin Wrbka, Rudolf Zaufarek, Wien. **75. Geburtstag:** Alfred König, Hainfeld; Friedrich Stern, Innsbruck; Sylvia Zabloudil, Klosterneuburg; Otmar Weidinger, Linz; Werner Burg, Leopold Ranz, Mödling; Helene Horvath, Alois Kaufmann, Fritz Klapita, Josef Liegl, Wilhelm Sauberer, Cornelia Schnabl, Wien.



Moralische Instanz der Republik

Der Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) hat jüngst eine ausführliche Dokumentation über „Rosa Jochmann – eine außergewöhnliche Frau“ herausgegeben. Brigitte Lehmann hat ihren Lebenslauf, über das Leiden unter der Hitlerdiktatur und ihre nicht zu brechende politische Haltung gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus mit zahlreichen Bildern und Dokumenten dargelegt.

Bundespräsident Heinz Fischer schrieb ein ausführliches Vorwort. Darin heißt es unter anderem: „Bei manchen Erzählungen von Rosa Jochmann über das Ende der Demokratie in Österreich und über die Zeit des Nationalsozialismus musste man buchstäblich den Atem anhalten. Manchmal hatte man den Eindruck, dass sie erzählen und berichten musste, um die dramatischen und traumati-

schen Eindrücke zu verarbeiten. Tatsächlich konnte man gelegentlichen Hinweisen von Rosa Jochmann entnehmen, dass sie bis zu ihrem Ableben in ihren Träumen immer wieder von der schrecklichen Vergangenheit eingeholt wurde.

In die Karteikarten, die die Parlamentarierin Rosa Jochmann in den 1960er Jahren ausfüllte, schrieb sie als Berufsbezeichnung „Arbeiterin“. Rosa Jochmann, oft als „große Dame der Sozialdemokratie“ bezeichnet, war zeitlebens stolz auf ihre soziale Herkunft. Die persönliche Erfahrung von Armut und Not, zwölf Stunden Fabrikarbeit als Vierzehnjährige, formte sie, wie viele andere, die um die Wende des 20. Jahrhunderts geboren wurden, zur „glühenden Sozialistin“ – wie sie selbst sagte.

„Was Dich heraus hob später aus der Masse, das hättest Du auf keiner Universität gelernt, es steht in keinem Studierbuch,



Fotos: VGA

Die Arbeiterfamilie Jochmann; Rosa ganz rechts im Bild

ROSA JOCHMANN EINE AUSSERGEWÖHNLICHE FRAU

1901 – 1994

BRIEFE | FOTOS | DOKUMENTE



VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG
DOKUMENTATION 3 & 4/2008

das lernst Du aus dem Buch des Lebens, es war in Dir, und so wurdest Du, die niemals mit ansehen konnte, dass jemandem Unrecht geschieht, für jene, die stumm blieben, die glaubten, sich nicht wehren zu können, zur Sprecherin“, schrieb Rosa Jochmann am 29. Mai 1981 anlässlich des Geburtstages ihrer gleichaltrigen Freundin und Weggefährtin Marie Emhart in der Arbeiter-Zeitung. Das galt wohl gleichermaßen für Rosa Jochmann selbst. Für beide begann die Politisierung im Betrieb, bei der harten Arbeit an der Maschine, beide wurden als junge Frauen Betriebsrätinnen, beide widmeten ihr Leben voll und ganz der politischen Arbeit, und beide wurden später (nach

1934) im Landesgericht als „Politische“ inhaftiert ...

Als Rosa Jochmann anlässlich ihres 80. Geburtstages mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Wien ausgezeichnet wurde, erfolgte die Beschlussfassung einstimmig. Sie galt über Parteigrenzen hinaus als eine moralische Instanz der Republik. Der Weg bis dahin war allerdings nicht immer leicht. Mit großem persönlichen Engagement setzte sie sich für die Wahrung der Rechte der Opfer des Faschismus ein. Sie ist nie müde geworden, Aufklärung zu leisten und vor Gefahren für die Demokratie zu warnen ...“

Die 40-seitige Broschüre kann beim VGA bestellt werden. ■

Wir trauern um unsere Genossen:

Prof. Dr. Edgar Schranz:

Er war schon in seiner frühen Jugend aufgrund seiner Abstammung der Unmenschlichkeit des NS-Regimes ausgesetzt. Nach der Befreiung 1945 engagierte sich Edgar Schranz in der Sozialistischen Jugend und vor



Foto: SPÖ Wien

allem in der antifaschistischen Aufklärungsarbeit. 1970 wurde er in den Bundesrat entsendet. In seiner Zeit als Abgeordneter im österreichischen Nationalrat zwischen 1971 und 1994 war er nicht nur als sachkundiger Sozialpolitiker bekannt, sondern auch als einer, der die Interessen der NS-Opfer vertreten hat und jeder Form von rechtsextremistischen Äußerungen mit Schärfe entgegengetreten ist. Er war lange Zeit Vorsitzender der SPÖ Leopoldstadt und Mitglied des Wiener und des Bundesparteivorstandes.

Als langjähriger Funktionär der Freiheitskämpfer erhielt er bereits im Jahr 1986 aus den Händen von Rosa Jochmann die Otto-Bauer-Plakette. Im Jahr 2002 wurde er Ehrenmitglied der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Trotz seiner langjährigen Krankheit, die ihn an den Rollstuhl fesselte, verfolgte er die Aktivitäten der Freiheitskämpfer in den letzten Jahren mit großem Interesse und stand immer mit seinem Rat zur Verfügung. Edgar Schranz bleibt uns allen in treuer Erinnerung.

Viktor Wuganigg:

Noch knapp vor dem Ersten Weltkrieg geboren, war Wuganigg schon in seiner frühesten



Foto: SPÖ Weiz

Jugend Sozialdemokrat und auch einer, der an den Februarkämpfen des Jahres 1934 als junger Mensch teilgenommen hat. In der austrofaschistischen

Zeit war er ein Jahr im Gefängnis. Nach dem Jahr 1945 war er im verstaatlichten Elin-Werk Weiz beruflich tätig. Von 1950 bis 1979 war er Gemeinderat in Weiz, im Jahr 1965 wurde er in den steiermärkischen Landtag gewählt. Von 1970 bis 1979 gehörte er dem Nationalrat an. Diese Zeit war sicherlich ein Höhepunkt seiner politischen Arbeit. Er setzte damals auch einige wichtige bildungspolitische Forderungen für seine Region um. Viktor Wuganigg wurde anlässlich des fünfundsiebzigsten Gedenkens an den 12. Februar auch mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Als einer der letzten Februarkämpfer bleibt er unseren Genossinnen und Genossen unvergessen.

Ing. Kurt Neiger:

Genosse Kurt Neiger ist nach einer langen und tragischen Zeit im Koma im Juli d. J. verstorben. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er in der BO Meidling als Vertrauensperson und später als Sektionsleiter mit. Beruflich war er Techniker im Wiener Stadtbauamt und später Bezirksvorsteher in Meidling. Aus dieser Funktion ausgeschieden, übernahm er

die Leitung der Meidlinger Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer und war auch Mitglied des Wiener Vorstandes. Er wurde im Jahr 1989 vom Präsidium mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet.

In seiner Bezirksgruppe entwickelte er neue Initiativen und sorgte dafür, dass auch jüngere



Foto: SPÖ Wien

Genossinnen und Genossen für unsere Arbeit gewonnen werden konnten.

Bei der Verabschiedung in der Feuerhalle Wien-Simmering, an der eine große Trauergemeinde aus Wien und dem Waldviertel teilnahm, sprach SPÖ-Bezirksvorsitzender und Mitglied des Europäischen Parlaments Hannes Swoboda Worte des Gedenkens an einen treuen Genossen. Kurt Neiger zählt zu jenen, die nicht vergessen werden dürfen. ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Herbert Exenberger, Karl Gruber, Heribert Haring, Annemarie Hopfgartner, Ali Kohlbacher, Peter Ulrich Lehner, Gerd Macher, Jonny Moser, Helmut Muigg, Ernst Nedwed, Gerald Netzl, Manfred Scheuch, Hannes Schwantner, Susanna Steiger-Moser, Marcus Strohmeier, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Andreas Schnierer. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin.
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. September 2009. Nächstes Heft: Dezember 2009.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten.
1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-277, Fax 534 27-258,
E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freieitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** echomedia verlag ges.m.b.h.,
1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0
Hersteller: Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Zulassungsnummer: GZ 02Z03355M